

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Table with 3 columns: Herausgeberin/Redaktion, Inserate, Layout/Druck

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

28. Jahrgang, Erscheint monatlich.

AZB 3001 Bern Hallwylstrasse 15 3003 Bern

Maier, Franz Georg Direktor Schweiz. Landesbibliothek

Inhalt



Swisscom Eine freie Swisscom nützt allen. 6



DV in Burgdorf Ganz im Zeichen der Ausländer- und Asylgesetzgebung. 8/9



Ständeratspräsident Rolf Büttiker im Interview. 10



Werte und ihr Preis Gedanken von Hans-Rudolf Merz. 11-13



FDP-Frauen Caria Speziali gewinnt Swiss Award. 17

Konsequent und gut

Die neue Ausländer- und Asylgesetzgebung

Das zurzeit noch geltende Ausländerrecht stammt aus dem Jahre 1931 und vermag den heutigen Anforderungen nicht mehr zu genügen. Nicht zuletzt die Ausrichtung unserer Einwanderungspolitik auf die Staaten der Europäischen Union, die mit der Volksabstimmung vom 25. September 2005 deutlich bestätigt worden ist, hat ein komplett neues Ausländergesetz erforderlich gemacht.

Von Nationalrat Philipp Müller, Reinach AG

Ebenfalls revidiert werden musste das Asylgesetz. Es ist zwar erst sechs Jahre alt, im Asylbereich sind aber wesentlich kürzere Anpassungsintervalle erforderlich, da sich hier die Situation wie auch die Bedrohungslage in den Herkunftsstaaten laufend ändert.

Duales Zulassungssystem

Bis anhin war das Wachstum bei der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung vor allem auf die Zu-



Philipp Müller

wanderung von ausserhalb der EU und der Efta zurückzuführen. Hier werden nun die Weichen anders gestellt: Offen gegen die EU, restriktiver gegenüber Drittstaaten! Im Bereich der ordentlichen Einwanderung hat sich die FDP von Beginn weg klar für ein duales Einwanderungssystem entschieden. Einerseits ist dies die Personenfreizügigkeit mit den EU/Efta-Staaten, andererseits die Einwanderung aus Drittstaaten, die nun über das neue Ausländergesetz geregelt wird. Kern des neuen Ausländergesetzes ist die Steuerung der Einwanderung aus Drittstaaten über die persönlichen Voraussetzungen, die ein Einwanderer erfüllen muss. In den Zeiten von hohem Wirtschaftswachstum

hat die Schweiz viele Arbeitskräfte im Ausland rekrutiert, die über eine ungenügende oder gar keine berufliche Qualifikation verfügten. Der globale Wettbewerb lässt eine derartige Politik der Zuwanderung von Arbeitskräften mit geringer Wertschöpfungsquote nicht mehr zu. Konsequenterweise können denn auch aus Drittstaaten zum Zwecke der Erwerbstätigkeit nur noch Führungskräfte, Spezialisten und andere qualifizierte Arbeitskräfte einwandern. Weitere Kriterien sind aber auch die berufliche und soziale Anpassungsfähigkeit, die Sprachkenntnisse und das Alter, welche eine nachhaltige Integration in den schweizerischen Arbeitsmarkt und das gesellschaftliche Umfeld erwarten lassen müssen. Sowohl ideologische Anträge von links, die praktisch den freien Personenverkehr für die ganze Welt zum Ziel hatten, als auch Anträge zur Abdeckung reiner Partikularinteressen – sog. Erdbeerpflockeranträge – sind während der Parlamentsdebatte von der FDP erfolgreich bekämpft worden.

Nicht generelle Verschärfung

Das neue Ausländergesetz kann nicht einfach als generelle Verschärfung abqualifiziert werden. So wurden beispielsweise die Rechtsstellung und die Mobilität punktuell verbessert. Beim Familiennachzug wurde das Erfordernis des Zusammenwohnens auch auf die aus Drittstaaten stammenden ausländischen Familienangehörigen von Schweizerinnen und Schweizern ausgedehnt. Dies um der Problematik von Scheinehen begegnen zu können. Im Bereich der Integration werden mit dem Prinzip «Fördern und Fordern» sowohl die Einwanderer als auch wir selbst in die Pflicht genommen. So kann beispielsweise die Erteilung einer Aufenthalts- oder Kurzaufenthaltsbewilligung mit der Bedingung verbunden werden, dass ein Sprach- oder Integrationskurs besucht wird. Weiter vorgesehen ist eine verstärkte Missbrauchsbekämpfung. Es handelt sich um Bestimmungen gegen die Scheinehen, Carrier-Sanctions, verbesserter

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1.

Datenaustausch zwischen den Behörden, die Erhebung von biometrischen Daten usw.

Die Einwände der Referendumsführer

Die Referendumsführer monieren, die Unterscheidung zwischen Qualifizierten und Nicht-Qualifizierten führe dazu, dass hochqualifizierte Leute ihre Heimatländer – und hier sprechen wir nicht von EU-Staaten – verlassen würden und diese Länder so schwächen. Mit Verlaub, das ist eine seltsame Logik. Ein freier Personenverkehr mit allen Staaten dieser Erde wird die gut Qualifizierten genauso wenig daran hindern können, ihr Heimatland zu verlassen, wie dies ein duales System bewirken kann. Sie machen weiter geltend, das Ausländergesetz diskriminiere Angehörige von Drittstaaten gegenüber EU-Migranten. Sie sagen jedoch nicht, dass es das souveräne Recht jedes Staates ist, die Einwanderung im steuerbaren Bereich so zu handhaben, wie es dem Landesinteresse dient. Zudem verfolgt die Schweiz mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen mit den EU-Staaten die gleiche Politik wie die EU-Staaten selber.

Zur Teilrevision des Asylgesetzes

Der Schwerpunkt der vorliegenden Teilrevision des Asylgesetzes liegt nicht bei einer eigentlichen Verschärfung oder gar Verhinderung des Rechtes auf Asyl. Vielmehr ist es darum gegangen, den Vollzug der Asylgesetzgebung entscheidend zu verbessern. Oberste Vor-

aussetzungen sind dabei immer völker- und verfassungsrechtliche Vorgaben gewesen, deren Respektierung für die FDP-Fraktion ein absolutes Leitmotiv darstellt.

Zwar sind die Asylgesuchszahlen in letzter Zeit massiv gesunken, die Kosten werden aber nicht hauptsächlich durch die Anzahl der Asylgesuche verursacht bzw. beeinflusst. Kostentreibend sind vor allem der Aufwand, der für eine Abklärung der Asylgründe erforderlich ist, und die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Rückschaffung von abgelehnten Asylsuchenden. Beides wird aber sehr entscheidend von der Herkunft der Asylsuchenden bestimmt. Insbesondere ein Teil der afrikanischen Staaten lehnt die Rückübernahme eigener Landsleute ab. Das ist insofern problematisch, als mittlerweile rund ein Drittel aller Asylsuchenden von dort stammt. Gerade bei Asylsuchenden aus dem afrikanischen Kontinent ist aber eine Rück-

kehr nach abgelehntem Asylgesuch oft nur möglich, wenn diese kooperieren und ihre Herkunftsländer die eigenen Landsleute auch zurücknehmen. Deshalb wird im Asylgesetz eine verbesserte Mitwirkungspflicht verankert, die Zwangsmassnahmen werden verstärkt und der Bundesrat kann neu nebst Rückübernahmeabkommen auch Migrationspartnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern abschliessen.

Von der Teilrevision des Asylgesetzes sind all jene nicht betroffen, die sich an unsere Rechtsordnung halten. Sie betreffen aber jene, die unsere Gastfreundschaft aufs Gröbste missachten. Es sind nicht Personen betroffen, die nach einem rechtsstaatlichen Verfahren mit einem negativen Ausgang ihre Heimreise antreten. Es trifft aber solche, die sich beispielsweise weigern, auch nur ein Antragsformular zum Erhalt eines Reisepapieres auszufüllen oder ein Flugzeug zu

besteigen. Es berührt nicht Asylsuchende, die von dem Leben, was ihnen die Schweiz an Fürsorge zukommen lässt. Es geht aber um solche, die – ich zitiere Aussagen von Befragern von Asylsuchenden – nur hier sind, «um einen Geld- und Warenfluss in ihr Herkunftsland zu organisieren».

Zu den Einwänden der Referendumsführer

Sie sprechen von Verletzung des Völkerrechtes, nicht aber davon, dass alle Bestimmungen, die auch nur annähernd etwas mit einer völkerrechtlichen Problematik zu tun haben, detailliert – sowohl vom Bundesamt für Justiz als auch von der Direktion für Völkerrecht im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten – überprüft worden sind. Sie behaupten, wer keine Papiere habe, dem sei der Zugang zu einem Asylverfahren inskünftig verwehrt. Sie sprechen nicht davon, dass die Papierlosigkeit schon

seit Jahren ein Nichteintretenstatbestand ist und dass eine diesbezügliche Änderung lediglich die Qualität der Papiere betrifft. Dies um zu verhindern, dass einfach fälschbare Papiere abgegeben werden. Sie sprechen auch nicht davon, dass ein Ausnahmekatalog im Gesetz steht, der eine Zulassung zum Asylverfahren auch ohne Papiere ermöglicht. Sie sprechen nicht davon, dass inskünftig auch als Flüchtling anerkannt werden soll, wer nicht nur durch eine staatliche Institution bedroht ist, sondern auch dann, wenn eine Verfolgung durch private Dritte vorliegt. Sie sprechen auch nicht darüber, dass vorläufig Aufgenommene nach fünf Jahren eine vertiefte Prüfung für eine Aufenthaltsbewilligung bekommen.

Aus: Referat von NR Philipp Müller an der Delegiertenversammlung der FDP vom 14. Januar 2006



FDP-Ortspartei mit Pfiff

Die FDP Ortspartei Münchwilen (TG) verwandelte den Münchwiler Kreiselfestung während der vergangenen Weihnachtszeit in eine beleuchtete «Kreiselfestung». Als «Schöpfer» des Werkes gelten die FDPler Hansjörg Naef, Präsident der Bezirkspartei Münchwilen, Ursula Naef, Vizepräsidentin der Ortspartei Münchwilen, und Jean-Jacques Specht sowie die Parteiose Mägy Konrad.

Hoher Besuch bei der Bündner FDP

Der britische Botschafter in der Schweiz gibt sich die Ehre

Der Botschafter «Ihrer Majestät» Sir Simon Featherstone gab der FDP Graubünden die Ehre. Anlässlich des traditionellen Neujahrsapéros der Partei sprach er über die Wichtigkeit der britisch-schweizerischen Beziehungen. Auch verwies er auf die grosse Bedeutung der Schweiz für die Europäische Union als auch die ganze Welt.

Von Silvio Zuccolini,
Pressechef FDP
Graubünden, Thusis

Zu Beginn des Anlasses gab Parteipräsident Christian Rathgeb einen Überblick über die Aktivitäten der Kantonalpartei. Konkret zeigte er das Wahljahr 2006 auf, wo erstmals Regierungsrats- und Grossratswahlen gleichzeitig zur

Durchführung gelangen. Für die FDP seien die Ziele mit der Formel 1+2 klar definiert, was heisst, den bisherigen Regierungsrat Martin Schmid mit einem guten Resultat wieder zu wählen und zusätzlich zwei Grossratsmandate dazuzugewinnen.

Höhepunkt dieses Anlasses war dann aber zweifellos der Auftritt des englischen Botschafters in der Schweiz, Simon Mark Featherstone. In seinem Referat zum Thema «Betrachtungen zur Schweiz» zeigte er seine Beziehungen zur Schweiz und im Speziellen seine Liebe zum Kanton Graubünden auf, wobei er auf sympathische Art und Weise mit Komplimenten nicht geizte. Er komme immer wieder sehr gerne nach Graubünden. Das sei für ihn auch der Grund, weshalb Graubünden im vergangenen Jahr zuoberst auf seiner offiziellen Liste kantonaler Besuche stand. Er zeigte auch die speziellen Beziehungen seines Landes zum Kanton Graubünden auf; so erwähnte er die Ferienbesuche von Prinz Charles in Klosters, wo Letzterer vor kurzem auch der Einweihung der Brücke und des Umfahrungstunnels beiwohnte.

Er erwähnte auch, dass die Schweiz für die Engländer

eine beliebte Feriendestination sei, würden doch jährlich rund 800 000 Touristen die Schweiz besuchen. Bezüglich der Beziehungen der Schweiz zur EU meinte er, dass nun eine Periode der Konsolidierung mit den Bilateralen I und II eingetreten sei. Die Schweiz sei der grösste Importeur von britischen Produkten, abgesehen von der EU und den USA.

Die Schweiz sei für Grossbritannien wichtig, sie sei für die EU wichtig und sie sei ebenso wichtig für den Rest der Welt. Ein sympathisches Referat des britischen Gastes, das von den Anwesenden mit Applaus verdankt wurde, als er dann auch noch die Neujahrswünsche dreisprachig an die Anwesenden richtete.

Auch Parteipräsidenten der Bündner FDP wohnten dem Anlass bei, so unter anderem Nationalrat Duri Bezzola, der den Gast von Davos nach Reichenau begleitete, wo sie gemeinsam am traditionellen 50. Jubiläums-Parlamentarierskirennen England-Schweiz teilnahmen. Anschliessend an das Referat von Botschafter Featherstone wurde mit einem Apéro im Schloss Reichenau im Rahmen des



Der britische Botschafter Featherstone bei seinem Referat.
Fotos: Silvio Zuccolini

gesellschaftlichen Teils, bei persönlichen Gesprächen und Begegnungen aufs neue, soeben begonnene Jahr 2006 angestossen, das, so hofften alle Anwesenden, im Sinne der Wahlformel 1+2 für die Bündner FDP erfolgreich werden möge.

Parteipräsident Christian Rathgeb zusammen mit «Her Majesty's Ambassador» Simon Featherstone und Nationalrat Duri Bezzola (v. l. n. r.).



Parteipräsident Christian Rathgeb zusammen mit «Her Majesty's Ambassador» Simon Featherstone und Nationalrat Duri Bezzola (v. l. n. r.).

Impressum

Schweizer Freisinn

28. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 72 098 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion: Stefan Nobs
Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail zila@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

IrisCom-Media AG
Bündenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail verkauf@triscorn.ch
Internet www.triscorn.ch

Layout/Druck

NZZ Print
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 044 258 18 94
Fax 044 258 18 99
ISDN 044 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

«Obwalden» – das Wort des Jahres

Gabi Huber zur Steuerpolitik des Kantons Obwalden

Der Ausdruck «Degression» könnte es je nach Sicht der Dinge zum Wort oder Unwort des Jahres schaffen, schrieb eine Schweizer Tageszeitung Ende Jahr. Die Verbindung zur Steuergesetzrevision des Kantons Obwalden ist sofort hergestellt. Parlamentarier, Parteipräsidenten, kantonale Finanzdirektoren und andere mehr reagierten teilweise geharnischt auf den Wurf der bisherigen Steuerhölle. Stein des Anstosses ist der Satz für die Besteuerung der privaten Einkommen, welcher ab 300 000 Franken sinkt, eben die Degression. Kritiker sehen darin einen Verstoß gegen den Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Ob das Obwaldner System gegen die Verfassung verstösst oder nicht, darüber streiten sich die Wissenschaftler.

Von Nationalrätin
Gabi Huber, Altdorf UR

Als erster Kanton der Schweiz führte still und leise Schaffhausen auf das Jahr 2004 für Einkommen über 500 000 Franken einen degressiven Tarif ein. Kein Hahn krächte nach dieser Abkehr vom sonst üblichen progressiven Steuertarif. Das lässt das unguete Gefühl aufkommen, dass sich finanzschwache Kantone offenbar weniger offensive Steuerstrategien leisten dürfen als andere. Dabei sollte bedacht werden, dass Obwalden die Steuern für Reich und Arm senkt und im Endeffekt Reiche bloss ähnlich besteuert, wie dies andere Kantone schon längst tun. Die Kritik hängt wohl auch damit zusammen, dass hier ein Kanton die Steuern senkt, der über den Finanzausgleich massgeblich von den anderen Ständen mitfinanziert wird.

Etwas verunglückt erscheint auch der anfängliche, inzwi-

schon aber verstummte Ruf der Spitze der kantonalen Finanzdirektoren nach einem Ehrenkodex über Verhaltensregeln und Leitplanken im kantonalen Steuerwettbewerb. Da könnten sich die Kantonsregierungen wirklich bedanken, wenn sie sich verpflichten müssten, die von einer Konferenz definierten Spielregeln einzuhalten und sich damit in ihre Steuerhoheit hineinreden zu lassen.

Zugegeben – die Steuerstrategie Obwalden ist mutig, auf den ersten Blick fast waghaisig. Wer aber die Botschaft des Regierungsrates genau studiert, erkennt, dass sie durchdacht und Teil einer Gesamtstrategie zur Verbesserung der Standortattraktivität ist. Und eines ist sie ganz besonders: eine Meisterleistung an innerkantonalen Kommunikation. Davon zeugen die Zustimmung aller Gemeinden und das Abstimmungsergebnis mit einer 86-Prozent-Mehrheit im Besonderen. Die Kommunikation nach aus-



Gabi Huber

sen steht auf einem anderen Blatt. Hier wurde eher Verwirrung statt Klarheit geschaffen, insbesondere was die mittelfristige Rücknahme oder den Verbleib des degressiven Tarifs betrifft. Dies darf jedoch nicht

verwundern, stand doch das Schlusslicht der interkantonalen Steuerrangliste plötzlich im unmittelbaren nationalen Rampenlicht. Steuerwettbewerb ist absolut notwendig und Lebensnerv für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Nach dem Goldregen der Nationalbank und im Hinblick auf die NFA werden denn auch 18 der 26 Kantone für das Jahr 2006 Steuersenkungen einführen oder vorbereiten. Die Methoden dazu sind sehr unterschiedlich. Als weiterer Kanton zieht Appenzell Ausserrrhoden offenbar einen degressiven Tarif in Betracht. Welches Vorgehen von Erfolg gekrönt sein wird, wird

sich letztlich erst in ein paar Jahren zeigen. Alles in allem – finde ich – ist «Obwalden» Wort des Jahres. Ein finanzschwacher Kanton hat zu einem Befreiungsschlag ausgeholt, der im schlimmsten Fall korrigierbar ist. Wenn die Steuerstrategie aufgeht, könnte Obwalden im Finanzausgleich vom Empfänger zum Nettozahler aufsteigen. Wahrlich eine Traumvorstellung!

Leserbrief

zum Artikel in der Ausgabe Nr. 8/2005, «Mutloser Bundesrat»

Die jungfreisinnigen Schweiz analysieren den Entwurf zur AP 2011. Dabei wurde die finanzielle Unterstützung der Landwirtschaft durch den Bund als Einkommensanteil für ökologische Leistungen und Multifunktionalität gewertet. Im Artikel vergessen wurde die vorgesehene Reduktion der Produzentenpreise. Die Preise für Landwirtschaftsprodukte sollen gemäss AP 2011 mehrheitlich um rund 20% vom heutigen Niveau gesenkt werden.

Dies bedeutet in Zahlen je nach Produktionszweigen eines Landwirtschaftsbetriebes von Fr. 15 000.– bis Fr. 20 000.– pro Betriebsarbeitskraft. Die Reduktion der Produzentenpreise resultiert aus den internationalen Verhandlungen betr. Zollabbau und Aufhebung von Handelsbarrieren (WTO usw.). Seit rund einem Dutzend Jahren wurden die Direktzahlungen an die Landwirtschaft erhöht, dafür die Produzentenpreise massiv gesenkt; z. B. Milch von 104 Rp. pro Liter auf 72 Rp. pro Liter oder Brotweizen

Kl. 1, Fr. 104.–/dt auf 54.–/dt usw. Landwirte, die Nahrungs- und Genussmittel produzieren, hatten in den letzten 12 Jahren bereits massive Einkommensverluste. Im Hochlohn- und Hochpreisland Schweiz wurden Dienstleistungen, Betriebs- und Hilfsstoffe fast jährlich teurer, so dass die Einkommen aus der landw. Tätigkeit auf vielen Betrieben gesunken sind. Betriebsvergrößerungen, Mechanisierungen, Aufnahme einer Nischenproduktion, Umstrukturierung eines Betriebes oder Aufnahme eines Nebenberufes sind mögliche Lösungen, um noch ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Diese Möglichkeiten sind jedoch bei der Arbeit mit der Natur beschränkt, da Umwelteinflüsse immer den höchstmöglichen Ertrag beschränken. Mit der AP 2011 stellt sich die Frage: Will die Politik eine CH-Landwirtschaft mit Zukunft?

Jungfreisinnige, analysiert die ganze AP 2011! Besten Dank.

Jakob Hugelshofer, FDP Mülheim

Appenzell Ausserrhoden

Freisinniger wird Chef von Swiss Ski



Der Ausserrhoder FDP-Kantonsrat Hansruedi Laich hat per 1. Januar

2006 das Amt als Direktor von Swiss Ski übernommen. Mit der Amtsübernahme vollzieht er einen Wechsel von der Bankenbranche hin zur Leitung eines grossen Schweizer Sportverbandes.

Hansruedi Laich steht dem Skisport seit Jahrzehnten nahe. Er präsierte sieben Jahre lang den Ostschweizer Skiverband (bis 1998) und ist daher mit den Verbandsstrukturen von Swiss Ski bestens vertraut. Seit 2004 gehört er zudem dem Verbandspräsidium an. Laich durchlief eine klassische Bankkarriere und führte zuletzt als Leiter der Raiffeisenbank St. Gallen



Hansruedi Laich

rund 70 Mitarbeitende. Der Trogener will als brevetierter Skilehrer auch in seiner neuen Funktion als Direktor weiterhin an einzelnen Masters-Rennen teilnehmen.

Basel-Stadt

Saskia Frei aufs «Schild» gehoben



Die Basler FDP steigt mit der 48-jährigen Anwältin Saskia Frei in die Re-

gierungsrats-Ersatzwahl vom 12. Februar. Die Wahl wird nötig, weil Regierungsrat Jörg Schild (FDP) zum Präsidenten von Swiss Olympic gewählt wurde und deshalb per Ende März von seinem Amt zurücktritt. Saskia Frei machte das Rennen an der Nominationsversammlung vom 8. Dezember allerdings eher knapp. Mit 85 Stimmen lag



Saskia Frei

sie nur 12 Stimmen vor Peter Malama, der dritte Bewerber, Hanspeter Gass, erhielt 54 Stimmen.

Bern

Jungfreisinnige lancieren Initiative für flexiblere Ladenöffnungszeiten



Die Jungfreisinnigen des Kantons Bern lancieren im Februar eine Volksinitiative zur Flexibilisierung der kantonalen Ladenöffnungszeiten.

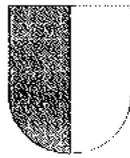
Danach sollen alle Geschäfte von Montag bis Samstag zwischen 6.00 und 22.00 Uhr offen halten dürfen. Zumindest beim Regierungsrat rennen die Jungfreisinnigen damit offene Türen ein. Als Antwort auf zwei

Motionen hatte dieser die vollständige Abschaffung der Ladenschlussbestimmungen vorgeschlagen. Da die Beratung hierzu im Grossen Rat noch hängig ist, die Flexibilisierung auch wegen drohender Referenden als noch nicht gesichert gilt, haben sich die Jungfreisinnigen dennoch entschieden, die Initiative zu lancieren.

Infos: www.einkaufszeiten.be

Luzern

Jungfreisinnige mit neuer Präsidentin



Gabi Rölli heisst die neue Präsidentin der Jungfreisinnigen Kanton Luzern. Die 22-jährige Horwerin tritt die Nachfolge von Brigitte Weibel an, die die

Partei während eineinhalb Jahren geführt hatte. Rölli arbeitet als Sekretärin des Gemeindeammanns in Littau und nimmt seit einem Jahr im Einwohnerrat von Horw Ein-sitz. 2002 war sie zudem Finalistin bei den Miss-Schweiz-Wahlen.



Gabi Rölli

Porta Alpina: komfortables Ja



Am 12. Februar 2006 stimmt der Kanton Graubünden über die Gewährung eines Kredites für den Bau der Porta Alpina in der Surselva ab. Ein komfortables Ja hätte eine Signal-

wirkung nach Bern und würde die Chancen für einen definitiven Ausbau der Infrastruktur für die Porta Alpina deutlich steigern.

Die Porta Alpina ist ein innovatives Projekt, das die Bergregion an internationale Nord-Süd-Transitlinien (Zürich-Mailand) sowie an die weltberühmte Ost-West-Verbindung (Glacier Express von St. Moritz nach Zermatt) anbindet. Nutzen wir die Chance und sagen Ja zu einem einzigartigen Werk, dessen wirtschaftliches Potenzial für die nächsten Generationen wir noch nicht zu erfassen vermögen.

Curdin Mark, Masein, Kampagnenleiter, Überparteiliches Komitee «Ja zur Porta Alpina»

Anzeige

Recht verstehen...

Ihr Weg zum Recht.

www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00
T 062 832 10 50

Binder
rechtsanwälte

Eine freie Swisscom nützt allen

FDP-Präsident Pelli zur Mehrheitsbeteiligung des Bundes an der Swisscom

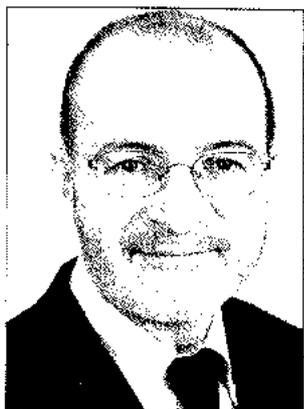
Mitte Dezember hat der Bundesrat angekündigt, er wolle die Grundlagen schaffen, damit der Bund die Mehrheit an Swisscom abgeben kann. Im ersten Moment war die Aufregung gross und die Reaktionen teilweise emotional. Ein nüchterner Blick aus einer gewissen zeitlichen Distanz auf die Sachlage zeigt aber, dass dieser Schritt nicht nur sinnvoll, sondern auch dringend ist.

Von FDP-Präsident
Fulvio Pelli, Nationalrat TI

Swisscom hiess einmal PTT. Noch vor 20 Jahren war die PTT die Hüterin des Post- und Telefonverkehrs in der Schweiz. Das Internet war der Ort für ein paar Computer-Verrückte, und das Mobiltelefon hatte die Grösse eines Reiskoffers – und auch dessen Gewicht. Die technische Entwicklung im Telekommunikationsmarkt machte es erforderlich, dass der ganze Telefonbereich in ein eigenständiges Unternehmen überführt werden musste. Auch rückblickend war dies ein sehr weiser Entscheid. In den vergangenen Jahren hatte Swisscom auf diese Weise die Möglichkeit, im sehr dynamischen Telekommunikationsmarkt flexibel zu agieren.

Probleme verdrängt

Auch als eigenständiges Unternehmen gehört Swiss-



Fulvio Pelli

com aber nach wie vor mehrheitlich der Eidgenossenschaft. Dies ist im Gesetz so vorgesehen. Dass diese Besitzverhältnisse Probleme bieten können, sah die FDP schon im Jahr 2000 voraus. Der Bundesrat wurde bereits damals aufgefordert, eine Lösung zu präsentieren, wie er sie nun, 5 Jahre später, vorlegt. 5 Jahre lang wurden die Interessenkonflikte, die aufgrund der Bundesbeteiligung entstehen, erfolgreich verdrängt. Der Bund hat ein Interesse daran, dass sein Geld sicher investiert ist und langfristig eine gute Rendite abwirft. Sicherheit steht an erster Stelle – und das ist richtig so. Aus dieser Perspektive ist auch die Abneigung des Bundesrates gegen Auslandsengagements von Swisscom verständlich. Das Unternehmen aber will und muss in neue Märkte vordringen und grosse Investitionen in neue Technologien tätigen, denn die Telekommunikation verändert sich mit rasantender Geschwindigkeit –

und auch das ist, aus Sicht der Unternehmung, völlig richtig. Dieses Verhalten birgt aber Risiken. Investitionen können sich beispielsweise als Flop herausstellen, wie gewisse Investitionen von Swisscom selber bewiesen haben. Dieser Widerspruch zwischen Risikoscheu und dem Bedürfnis, unternehmerische Risiken einzugehen, kann schlicht nicht aufgelöst werden. Deshalb ist es aus liberaler Sicht sinnvoll, dass der Bund seine Beteiligung an Swisscom abgibt.

Vollständiger Ausstieg

Zusammen mit den Kantonalparteien ist die Geschäftsleitung der FDP Schweiz zum Schluss gekommen, dass der Bund seine Aktien vollständig ab-

geben soll. Selbst mit einer kleinen symbolischen Beteiligung stünde die Eidgenossenschaft nach wie vor besonders in der Verantwortung. Eine Verantwortung allerdings, die nicht mehr mit den tatsächlichen Kompetenzen übereinstimmen.

Grundversorgung

Die grundsätzliche Einsicht, dass sich Swisscom ohne Bundesfesseln besser entwickeln könnte, ist weit verbreitet. Für Skepsis sorgt allenfalls das Thema «Grundversorgung». Besonders in den Randregionen existiert die Befürchtung, dass nach einem Ausstieg des Bundes bei Swisscom die Grundversorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen nicht mehr ge-

währleistet sei. Diese Angst ist allerdings unbegründet, denn die Grundversorgung wird nicht via Swisscom-Beteiligung, sondern im Fernmeldegesetz geregelt. Dort ist festgeschrieben, wie die Grundversorgung auszusehen hat; durch wen sie schlussendlich erfüllt wird, ist zweitrangig.

Eine Swisscom ohne Bundesfesseln wird sich in Zukunft besser entwickeln können: Dies ist nicht nur im Interesse der Firma selber und ihrer Arbeitnehmer, sondern aller Bürgerinnen und Bürger. Denn eines ist klar: Telekommunikationsdienstleistungen sind ein Schlüsselfaktor für Wirtschaft und Gesellschaft der Schweiz. ■

Medienmitteilung der FDP Schweiz vom 14. Januar 2006:

FDP-Kantonalparteien wollen eine erfolgreiche Swisscom

Die FDP-Kantonalparteipräsidentinnen und -präsidenten haben im Rahmen der Delegiertenversammlung in Burgdorf das Thema «Swisscom» diskutiert. Aus Sicht der Kantonalparteien ist es richtig, dass die Grundlagen geschaffen werden, damit der Bund seine Mehrheit an Swisscom abgeben kann. Die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Telekommunikationsdienstleistungen ist in jedem Fall gewährleistet. Ohne Bundesfesseln kann Swisscom ein erfolgreicher und auch international tätiger Konzern sein, der sich den kommenden Herausforderungen stellt, sich im Markt behauptet und stark bleibt. Diese Voraussetzungen will die FDP schaffen. Aus diesem Grund ist für die Kantonalparteipräsidentinnen und -präsidenten der FDP klar, dass

der Bundesanteil an Swisscom vollständig abgegeben werden kann und muss. Der Bund soll sich nicht mehr in die operative Tätigkeit von Swisscom einmischen. Die FDP-Kantonalparteipräsidentinnen und -präsidenten sind überzeugt, dass mit dem Fernmeldegesetz die Grundversorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen auch in Zukunft gewährleistet ist – auch ohne Mehrheitsbeteiligung des Bundes. Ausdrücklich unterstützt wird auch das zügige bundesrätliche Vorgehen. Im Interesse einer weiterhin erfolgreichen Swisscom ist der Entscheid möglichst rasch herbeizuführen. Die FDP wird in diesem Sinne in der anstehenden Vernehmlassung zur Swisscom-Botschaft Stellung nehmen. ■

Einladung zur Fachtagung

Eine zukunftsgerichtete Politik für die Städte und die Regionen

Samstag, 25. Februar 2006, 11.00 Uhr



Hotel Elite, Rue de la gare 14, Biel

Programm

- 11.00 Begrüssung
Stefan Kaufmann
Präsident der FDP Biel
- 11.05 Präsentation Tagesablauf
Fulvio Pelli
Präsident FDP Schweiz, Nationalrat
- 11.10 **Libérale Vision zur Urbanisierung der Gesellschaft**
Pascal Couchepin
Bundesrat
- Metropole Schweiz**
**Andere Wahrnehmung – verändertes Bild –
neues Selbstwertgefühl der Schweiz?**
Ursula Rellstab
Präsidentin des Vereins «Metropole Schweiz»
- Städte im Föderalismus:
Probleme und Chancen**
Marcel Guignard
Präsident des Schweizerischen Städteverbandes
- 11.55 Pause
- 12.30 **Podiumsdiskussion**
Kurze Stellungnahme der freisinnigen Podiumsteilnehmer
und Diskussion mit dem Publikum

Moderation:
Fulvio Pelli

Teilnehmende:

- Kurt Fluri, Nationalrat, Stadtpräsident von Solothurn und Vorstandsmitglied des Schweizerischen Städteverbandes
- Doris Cochorn-Dumani, Mitglied der Stadtexekutive in Lausanne
- Carla Speziati, Stadtpräsidentin Locarno

13.30 Schluss der Fachtagung
Johannes Matyassy
Präsident der FDP Kanton Bern

Teilnahme: Fr. 20.–

Anmeldeschluss: Freitag, 24. Februar 2006
FDP Schweiz, Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. 031 320 35 19, Fax 031 320 35 00
E-Mail: leprat@prd.ch

Anmeldetalon Fachtagung

Eine zukunftsgerichtete Politik für die Städte und die Regionen

Samstag, 25. Februar 2006

Ich nehme am Seminar vom 25. Februar in Biel teil.

Name/Vorname: _____

Politische Funktion/Titel/Ort: _____

Adresse: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Name/Vorname: _____

Politische Funktion/Titel/Ort: _____

Adresse: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Bitte diesen Talon bis 24. Februar 2006 retournieren.

Ganz im Zeichen der Revision des Asyl- und Ausländergesetzes

Kurzbericht von der a.o. Delegiertenversammlung am 14. Januar in Burgdorf (BE)

Bereits am Freitagabend sorgte die FDP-Delegiertenversammlung für ein riesiges Medieninteresse. Es war nicht der Auftritt eines Bundesrats, der die Medien interessierte, sondern der «Point de presse» mit FDP-Ständerat Dick Marty, zurzeit Sonderbeauftragter des Europarates in Sachen CIA-Gefängnisse. Durch das Geheimdienst-Fax gelangte das bereits seit Dezember geplante Mediengespräch plötzlich ins Rampenlicht der internationalen Medien. Neben zahlreichen Medienvertretern aus der Schweiz fanden auch ausländische Journalisten den Weg nach Burgdorf. Nationalrätin Christa Markwalder moderierte das Mediengespräch souverän, während der Tessiner Ständerat in eloquentem Französisch seine Erkenntnisse in Sachen CIA-Gefängnisse kundtat.

Die erste Delegiertenversammlung der FDP Schweiz im neuen Jahr tags darauf war hauptsächlich der neuen Ausländer- und Asylgesetzgebung gewidmet. Nach der Vorstellung des 4 Säulen-Konzepts freisinniger Migrationspolitik durch Parteipräsident Fulvio Pelli erörterte Nationalrat Philipp Müller die Revision der Ausländer- und Asylgesetzgebung. Anschliessend führte Nationalrat Kurt Fluri durch ein interessantes Podium mit Ständerätin Trix Heberlein, Regierungsrätin Karin Keller-Sutter, Eva Desarzens, Regierungsrats-Kandidatin Kanton Bern sowie Nationalrat Yves Christen. Mit sehr grosser Mehrheit wurden das Konzept und die beiden Gesetzesrevisionen gutgeheissen.



Drei Nationalräte: Otto Ineichen, Philipp Müller und Pierre Triponez (v.l.n.r.).



Ständerat Dick Marty wird von den Medienvertretern förmlich «überrannt».



Nicht nur Dick Marty war gefragt. Auch die beiden Bundesräte gaben an der FDP-DV um Auskunft zum abgefangenen Fax. Hier: Bundesrat Pascal Couchepin im Gespräch mit einem Journalisten.



Das Podium aus der Frosch-Perspektive: Regierungsrats-Kandidatin Eva Desarzens, Nationalrat Yves Christen, Nationalrat Kurt Flury, Regierungsrätin Karin Keller-Suter und Ständerätin Trix Heberlein (v.l.n.r.).



Stefan Fryberg, Regierungsrat Uri und Urs Janett, FDP-Sekretär Uri im Gespräch mit Armin Camenzind, Vorstandsmitglied Jungfreisinnige Schweiz und Simon Hofstetter, Generalsekretär Jungfreisinnige Schweiz (v.l.n.r.).



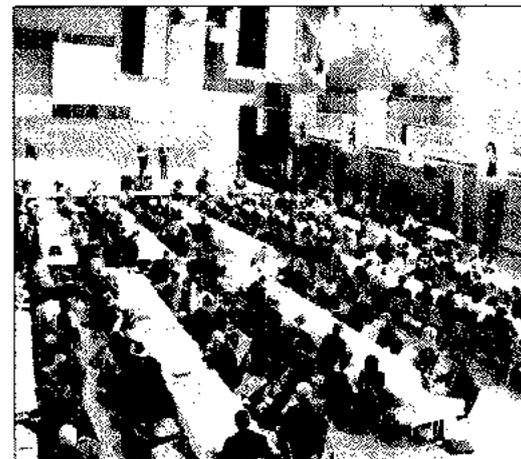
Zürich – St. Gallen – Bern: Ständerätin Trix Heberlein im Gespräch mit Regierungsrätin Karin Keller-Suter und Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz (v.l.n.r.).



Die Delegierten Walo Güntlisberger (GE), Ruedi Schläpfer (TG) und Werner Boos (GL).



FDP-Präsident Fulvio Pelli und Hansrudolf Merz horchen gespannt den Fragen der Delegierten.



Die Markthalle zu Burgdorf war festlich geschmückt.



Ohne OK keine DV: Einige der vielen Helferinnen und Helfer im Hintergrund: Markus Grimm, Peter Urech, Martin Kolb und Walter Bär (v.l.n.r.).



Dick Marty erzählt ausführlich von seinen Erkenntnissen; nicht nur Fraktionskollegin Christa Markwalder hörte gespannt zu.



Der Burgdorfer Orchesterverein unter der Leitung von Bruno Stöckli eröffnet die DV mit der Schottischen Ouverture, im Hochland, von Niels W. Gade (1817-1890).

«Ich habe einfach Freude an der Politik»

Interview mit Rolf Büttiker, Ständeratspräsident 2005/06

«Freisinn». Herr Büttiker, vorab herzliche Gratulation zur Wahl als Ständeratspräsident 2005/06. Welche Ziele verfolgen Sie in Ihrem Präsidentschaftsjahr?



Rolf Büttiker

Rolf Büttiker: Ich möchte prioritär die Sitzungen des Ständerates effizient leiten und dabei die hochstehende politische Argumentationskultur im Ständerat pflegen. Im Sitzungsablauf, aber auch in der Sitzungsvorbereitung lassen sich vor allem organisatorisch noch einige Verbesserungen erzielen. In staatspolitisch wichtigen Angelegenheiten muss der Ständeratspräsident klar Stellung beziehen und den Ständerat innerhalb und ausserhalb des Landes gut vertreten.

Ihre bisherige politische Karriere ist bemerkenswert. Sie führt vom Verfassungsrat über das Gemeindepräsidium Ihrer Wohngemeinde und das kantonale FDP-Präsidium hin zum eidgenössischen Parlamentarier; erst Nationalrat und seit 1991 Ständerat des Kantons Solothurn. Was ist Ihr Ansporn, Ihre Motivation für Ihr enormes politisches Engagement, das ja grösstenteils ehrenamtlich ist?

Ich habe schlicht und einfach Freude an der Politik. Dabei gilt für mich als liberaler Politiker immer das 5-M-Prinzip: – Mann – muss

– Menschen – mögen – und motivieren!

Ein Präsidentschaftsjahr ist neben der Sitzungsleitung bekanntlich auch mit einer Vielzahl an Repräsentationspflichten verbunden. Welche/n ausländische/n Politiker/in würden Sie gerne mal kennen lernen?

Den britischen Premierminister Tony Blair. Obwohl «Sozialist», macht er für England eine gute Politik und besticht durch seine Charakterfestigkeit in der Politik.

Formell bekleiden Sie derzeit das zweithöchste Amt in der Eidgenossenschaft. Was liebt der zweithöchste Schweizer an unserem Land?

Die Schweiz ist ein sehr schönes Land. Ich habe mein Vaterland gern, weil die direkte Demokratie das beste Regierungssystem

der Welt ist und unserem Land Wohlfahrt und Wohlstand gebracht hat. Durch eine lebendige Kultur ist dabei auch der Geist wachsam geblieben.

Und was ärgert Sie am meisten an der Schweiz?

Das Jammern, ohne zu leiden. Anstatt die Chancen zu packen, werden immer nur Risiken in den Vordergrund gerückt. Dabei ist das grösste Risiko im Leben, nie ein Risiko einzugehen.

Haben Sie eine Vision für unser Land? Wenn ja, wie soll die Schweiz der Zukunft aussehen?

Ich kämpfe für eine intelligente, wachsende, gerechte und offene Schweiz. Dabei steht der Erhalt des Arbeits- und Arbeitsplatzes im Vordergrund, weil damit vor allem die jungen Menschen eine echte Perspektive haben. Wir brauchen mehr

Wachstum, damit wir die Erfolgsstory Schweiz auch in Zukunft fortsetzen können zum Wohle unserer Kinder...!

Von der Schweiz nun zu Ihrem Kanton. Ihre Kantonalpartei ist die einzige, welche den Schritt hin zum einheitlichen FDP-Auftritt in Blau-Rot noch nicht vollzogen hat. Auch schreibt Ihre Partei das «d» im Parteikürzel nach wie vor klein. Als ehemaliger solothurnischer Kantonalpräsident können Sie das Beharren an Ihrem Erscheinungsbild sicherlich begründen.

Ich bin ein Gelber und bleibe ein Gelber! Vor 175 Jahren hat Munzinger auf der Rösslittrepe zu Balsthal die FdP des Kantons Solothurn gegründet – die grosse gelbe Volkspartei in diesem Kanton. Der Munzinger-Geist, die Politfarbe Gelb und der Kanton Solothurn sind untrennbar miteinander verbunden. Im Kanton Solothurn wählt noch immer jede/r dritte Wähler/Wählerin freisinnig! Die politische Identifikation mit dieser Volkspartei über die Farbe «Gelb» ist immer noch da und in diesem Wähler/Wählerin freisinnig! Die politische Identifikation mit dieser Volkspartei über die Farbe «Gelb» ist immer noch da und in diesem Wähler/Wählerin freisinnig! Die politische Identifikation mit dieser Volkspartei über die Farbe «Gelb» ist immer noch da und in diesem Wähler/Wählerin freisinnig!

Jetzt noch zur Person von Rolf Büttiker: Was sind Ihre persönlichen Stärken?

Ich liebe den direkten Kontakt mit dem Volk. In einer direkten Demokratie dürfen

die Verbindungen zwischen Volk und Mandatsträger nie versiegen. Vor allem als Gemeindepräsident ist die Volksnähe wichtig, und mit den damit gewonnenen Erfahrungen lässt sich glaubwürdig politisieren.

Und was sind Ihre Schwächen?

Meine Fremdsprachkenntnisse sind leider auf Matura-Niveau stehengeblieben, und wenn man älter wird, ist das «Single-Leben» nicht optimal.

Welches Buch liegt derzeit auf Ihrem Nachttisch?

«Baustelle Föderalismus» von Hansjörg Blöchliger. Ein Buch, das für einen Ständerat Pflichtlektüre bedeutet.

Im Herbst 2007 sind eidgenössische Wahlen. Kann die FDP oder eben FdP erneut auf Ihre Kandidatur zählen?

Diese Frage werde ich erst nach dem Präsidentschaftsjahr – also Ende 2006 – beantworten.

Das Gespräch mit Ständeratspräsident Rolf Büttiker führte Stefan Nobs, Freisinn-Redaktor.

Werte und ihr Preis

Referat von Bundesrat Hans-Rudolf Merz an der a.o. Delegiertenversammlung vom 14. Januar in Burgdorf

Das Wanderlied «Hans Spielmann stimme Deine Fiedel!» besingt das unbeschwerte Leben eines Taugenichts. Namentlich eine Stelle ist dabei imponierend. Sie lautet: «Sagt an, ihr Herr'n, was kostet eure Welt? Mit Fiedel und mit Bogen ist auch ein Mahl bestellt.» So einfach könnte zwar das Leben sein! Doch der Wanderbursche fragt das Establishment herausfordernd nach seinen Werten!

Von Bundesrat
Hans-Rudolf Merz



Hans-Rudolf Merz

bringen den Liberalismus in diesen Willen und in die Staatsidee erfolgreich ein. Das Volk folgt unseren Parolen mehr als denjenigen, der anderen Parteien. Wir fühlen uns der Freiheit des Individuums sowie den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet. Und das nicht nur zur Wahlpropaganda, sondern als Bekenntnis.

Den damaligen Höhepunkt seiner spannenden Geschichte erreichte der wirtschaftliche Liberalismus nach 1830 in seiner sogenannten «Manchester-Form». Nur die völlige erwerbliche Freiheit wurde als geeignet betrachtet, den Wohlstand des Landes zu fördern. Viele Jahrzehnte später und um viele Erkenntnisse gereift, entstand Ende des Zweiten Weltkrieges dann die soziale Marktwirtschaft. Zu dieser markanten Entwicklung trugen Persönlichkeiten wie Wilhelm Röpke oder Ludwig Erhard und vor allem Walter Eucken bei. Eucken pries den Wettbewerb als Grund-

prinzip der Wirtschaftsverfassung. Aber er sah den Wettbewerb umgeben von Privateigentum an den Produktionsmitteln, Vertragsfreiheit, freiem Marktzugang, vollkommener Preiskonkurrenz, Währungsstabilität und anderen Bedingungen. Zusätzlich schufen die Begründer des ökonomischen Liberalismus eben die soziale Marktwirtschaft. Deshalb sprachen sie sich für einen kräftigen Staat aus. Dieser muss sich erstens gegen mächtige Wirtschaftspotenziale – Stichworte Kartellverbot und Anlegerschutz – durchsetzen. Und er muss zweitens den rechtlichen Rahmen für eine umfassende Sozialpolitik bilden. Dazu gehören die Sozialwerke und deren Finanzierung. Es lohnt sich, sich mit unserem Bild des Staates auseinander zu setzen, denn immerhin ist er das Bindeglied zwischen unseren Werten und ihrem Preis.

Nun: Wir wollen einen funktionsfähigen, starken Staat. Wir sind aber skeptisch gegenüber jeder Machtballung beim Staat. Darum und, um auch nicht zu viele Mittel dem Volk und der Wirtschaft zu entziehen, setzen wir uns ebenso für einen schlanken Staat ein. Darin besteht kein Widerspruch: Ein «starker und trotzdem schlanker Staat», das ist etwas ganz anderes als ein «schwacher und deshalb schlanker Staat». Wir haben beispielsweise

den Staat gestärkt, als wir (als Gegenstück zur Wirtschaft- und Gewerbefreiheit) das Kartell-, das Binnenmarkt- oder das Schwarzarbeitsgesetz erlassen haben. Sodann wissen wir, dass zum ausgezeichneten Ruf unseres Finanzplatzes der starke Staat einen wichtigen Beitrag leistet, indem er die Finanzmarktaufsicht laufend modernisiert, so nächstens mit der FINMA. Wir schlagen eine neue, schlagkräftige Behörde vor, die aus der Fusion der Eidg. Bankkommission, des Bundesamtes für Privatversicherung und der Kontrollstelle für Geldwäscherei bestehen wird.

Den Staat schlank zu halten, ist Überzeugungs- und Knochenarbeit. Ein Instrument hilft uns dabei besonders: Der Steuerwettbewerb. Er zwingt Politik und Verwaltung von konkurrierenden Standorten, eine attraktive Kombination von öffentlichen Leistungen und einer möglichst geringen fiskalischen Belastung anzubieten. Tiefe Steuern sind somit kein Selbstzweck, denn ein bestimmtes Mass an staatlichen Leistungen kann und soll nicht unterboten werden. Denn wir möchten durch den Staat unsere Werte finanzieren.

Den Staat halten wir aber auch durch unsere Überzeugungen schlank. Dadurch, dass wir vom mündigen, ehrlichen Bürger ausgehen und in ihm nicht

zuerst den potenziellen «Täter» sehen, braucht es keine überbordende präventive Bürokratie, keine Richtlinien- und Bewilligungsflut sowie keinen gläsernen Bürger. Unsere Politik-Kultur geht vom verantwortungsbewussten Bürger aus, dem wir mit Respekt und einfachen Regeln begegnen. Gegenstück zu Selbstdeklaration und Selbstregulierung ist die Sanktion.

Die Kombination von Stark und Schlank kommt auch bei der Beurteilung von Privatisierungen, von Deregulierungen oder von Liberalisierungen zum Ausdruck. Wir schliessen nie zum Vorneherein aus, dass solche Vorhaben auch ein Preisschild haben können. Wenn öffentliche Verantwortung durch Private wahrgenommen wird, sind gewisse Regulierungen nötig. Es gilt, die Qualität der Infrastrukturen sicherzustellen.

Unser Staat hat also für unsere Gesellschaft einen Wert, und dieser hat seinen Preis. Stark und schlank bedeutet letztlich auch, dass der Staat nicht alles kann und wir ihn nicht überall machen lassen wollen. Auf die Stichworte Eigenverantwortung, Gemeinsinn und Freiwilligkeit werde ich noch zurückkommen.

Zunächst aber ein paar Worte zum Geldausgeben: Als Finanzminister muss ich von Amtes wegen auf der Bundesschatulle sitzen. Während der Sessionen darf ich Bern kaum verlassen, da sonst die Gefahr besteht, dass das Parlament den letzten Rest an Staatsgeldern noch plündert und die Schulden erhöht. Diese oft präventive Opposition

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

gegen alles, was kostet, begründet weitgehend den vorgegebenen Ruf des Finanzministers, der gewöhnlich als Rappenspalter, Kleinkrämer oder gar Verhinderer gesehen wird. Dazu kommt, dass er keine festlichen Bänder durchschneiden, Tunnels oder Festivals eröffnen oder neue Helikopter vorstellen kann. Aber er weiss in seinem Inneren, dass gesunde Finanzen die Voraussetzungen sind für ein ausgebautes Sozialsystem, gute Umweltbedingungen oder leistungsfähige Infrastrukturen. Er muss daher immer wieder in Erinnerung rufen, dass wir die Schulden des Bundes seit 1990 von 38 Mrd. auf fast 130 Mrd. erhöht haben, innert 15 Jahren mehr als zuvor in 700 Jahren Eidgenossenschaft. Nicht genug: er muss sich dagegen wehren, dass eine blosser Verlangsamung des Ausgabenwachstums unbedarft schon als Sparhysterie bezeichnet wird. Es ist Zeit, dieses einseitige Bild zu korrigieren. Es ist Zeit zu sagen, wofür wir Freisinnigen bereit sind, Geld auszugeben.

Unter der exzellenten Führung unserer Nationalräte Pelli, Noser und Burkhalter hat die FDP in den letzten Monaten unter dem Motto «Eine Schweiz in Bewegung» vier Projekte entwickelt. Unser Anliegen ist es, nicht im Programmatischen zu verharren, sondern diese Vorstellungen auch zu realisieren, denn nichts ist das Denken ohne die Tat!

■ Das erste Projekt zielt ab auf eine Wissensgesellschaft mit dem Ziel bestmöglicher Startchancen für

uns alle. Investitionen in die intelligente Schweiz sind kostspielig, aber sie allein sichern die Zukunft unseres Landes. Das Schul- und Bildungssystem ist der Leistungsgarant für die Gesellschaft und für die Wirtschaft. Dank der Chancengleichheit leistet es auch einen wesentlichen Beitrag zum Ausgleich zwischen den sozialen Schichten. Forschung und Hochschulbildung sichern den technologischen Vorsprung ab und begründen unseren weltweit guten Ruf als intelligente Schweiz. Wirtschaft und Privatinitiative bereiten diesen Anstrengungen Hebel- und Verstärkerwirkung. Aus Innovation wird somit Fortschritt.

■ Die Freisinnigen sind zweitens bereit, für die Wachstumsnation Schweiz Geld auszugeben. Regeln und Investitionen in ein Projekt wachsende Schweiz zahlen sich aus. Der Staat soll zwar nicht selber Güter produzieren, aber er muss auf vielfältige Weise dafür sorgen, dass die Produzierenden beste Bedingungen vorfinden. Wir sprechen von Anreizen für neue Arbeitsplätze, für Einstieg und Verbleib der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, von steuerlichen Anreizen, von einer liberalen, der Wahlfreiheit verpflichteten Konsumentenpolitik, von einer effizienten und transparenten öffentlichen Verwaltung als Dienstleister an Bürgerinnen und Bürgern.

■ Freisinnige sind drittens bereit, Geld auszugeben für die soziale, gerechte und moderne Schweiz. Seit der Gründung der AHV haben die Freisinnigen während bald sechzig Jahren die Entwicklung der sozialen Markt-

wirtschaft stets eng begleitet. Gesunde Sozialwerke gehören zu unseren zentralen Anliegen. Die Ausgaben der Sozialversicherungen wachsen zwar stärker als die Einnahmen; doch diese sind insgesamt noch höher als die Ausgaben. Akuter Handlungsbedarf besteht bei der Invaliden-Versicherung.

– Demographische Entwicklung und medizinischer Fortschritt fordern uns heraus.

– Die Kosten für Betreuung, Pflege und Gesundheit fordern uns heraus.

– Die eigene Anspruchshaltung fordert uns heraus. Aber weitsichtige Reformen werden zu gerechten und effizienten Lösungen führen. Sie werden kosten.

■ Freisinnige sind viertens bereit, für die offene Schweiz einzustehen, dafür zu sorgen, dass jede und jeder von uns in einer fortschrittlichen, international vernetzten Gesellschaft seinen Lebensplan verwirklichen kann. Auch als Nichtmitglied der EU bleiben wir Europa verbunden. Wir wirken heute und seit langem in allen weltumspannenden Organisationen mit, die der Entwicklung von armen Regionen, der Krisenprävention und der Friedenssicherung dienen. Wir wissen um die wachsende Dringlichkeit der Ökologie. – Mit diesen Werten verbundene Investitionen haben strategischen Charakter. Gerade deshalb sind sie aber ihr Geld wert. Alle diese Projekte sind schliesslich ein positiver Beitrag zur Globalisierung, welche zunehmend bisher entweder unbekannt oder unterschätzte Zusammenhänge gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökolo-

gischer Art erst sichtbar macht.

Mit dem Programm «Eine Schweiz in Bewegung» erschöpft sich der Blickwinkel von Freisinn und Liberalismus natürlich nicht. So stehen wir Freisinnigen auch für die Kultur und für die Infrastrukturen unseres Landes ein. Wir sind bereit, dafür Geld auszugeben. Mit beiden Bereichen sind Private allerdings oftmals besser vertraut als der Staat. Dieser soll daher vor allem als Regulator erscheinen. Haarscharf lassen sich die Aufgabenteilungen nicht trennen. Dazu das kleine Beispiel des Theaters St. Gallen, bei dem während über 100 Jahren das Pachtsystem für den Direktor galt. Er spielte auf eigene Rechnung und war somit vollständig auf die verkauften Eintritte und auf die Besucherfrequenzen angewiesen. Entsprechend gross war das unternehmerische Risiko. Das Pachtregime endete übrigens – 1919!

Wir Freisinnigen sprechen nun allerdings nicht nur vom Preis der Werte, sondern wir bekennen uns auch zu Werten, die keinen Preis haben, die folglich unbezahlbar sind. Solche Wurzeln – wie die soziale Marktwirtschaft – in der Geschichte des Liberalismus. Der Freisinn trachtet nämlich seit jeher nach der politischen Verwirklichung liberaler Ideale, freiheitlicher Gedanken. Zwischen Philosophie und Tugend besteht dabei eine Art Arbeitsteilung. Die Philosophie setzt nämlich Werte, und die Tugend sagt, wie man mit diesen umgeht. Wir erkennen dementspre-

chend einige typische freisinnige Kardinaltugenden. Eine erste freisinnige Tugend ist die Eigenverantwortung. Früher hat man im Flugzeug den Gebrauch der Sauerstoffmaske mit einem Hinweis ergänzt, Erwachsene sollten sich zuerst schützen und erst danach den Kindern die Maske anziehen. Das Bild war und ist eine Einheit: dem starken Erwachsenen muss man das Überleben sichern. Nur so ist er in der Lage, sich des Schwachen auch anzunehmen. Die Eigenverantwortung will, dass wir zuerst für uns selber sorgen. Die grosse Schwäche des Sozialismus besteht in der stetigen Umkehr dieser Strategie. Man sucht fortwährend jene zu schwächen, welche dem Schwachen noch helfen können. Und die grosse Schwäche des Opportunismus besteht in der Rechtfertigung von Individualität und Eigeninteresse. Richtig und nötig ist vielmehr die Erziehung zur Selbstverantwortung. Unser Schul- und Bildungssystem, der allgemeine Milizbegriff, aber auch der Vorsorgegedanke müssen vor allem bei der Eigenverantwortung ansetzen. Eigenverantwortung und Solidarität gehören zusammen.

Eine weitere liberale Tugend ist der Gemeinsinn. Von der umfassenden sozialen Verpflichtung der Marktwirtschaft war bereits die Rede. Sowohl einerseits Top-Management-Gehälter als auch andererseits das Leistungsniveau der Sozialversicherungen sind in letzter Zeit zunehmend eigentliche Fragen des Masses für den Gemeinsinn geworden. Die Sozialpolitik findet ihre Grenze allerdings dort, wo ein Zuviel an Wohlfahrtsstaat in den

Kollektivismus führt. Man wird deshalb bei jeder auftauchenden sozialen Thematik zu fragen haben, was genau das Problem ist, wer davon betroffen ist und schliesslich welche optimalen Möglichkeiten sich zur Lösung anbieten. Eine weitere freisinnige Kardinaltugend ist die Toleranz. Das Wort kommt von tolerare, tragen, eine Last dulden. Der Tolerante ist bereit, auch den anderen zu tragen und zu ertragen, wenn er anders denkt als er selbst. Toleranz bedeutet, Menschen mitzutragen, die nicht auf unserer Wellenlänge liegen. Dazu bedarf es der Weitherzigkeit und des Respekts vor dem Menschen. Lessing hat seinem Nathan die Duldsamkeit gegenüber anderen religiösen Bekenntnissen

als Zeichen des aufgeklärten, weisen Menschen vermittelt. Sie ist ein Kennzeichen wahrer Humanität; wenn sie verloren geht, fällt der Mensch zurück in die Barbarei. Eine weitere freisinnige Kardinaltugend könnte das Augenmass sein. Der heilige Benedikt nennt das Gespür für das rechte Mass sogar die Mutter aller Tugenden. Wer zu viel will, wer sich zu viel zumutet, wer zu viel verspricht, wer auf zu viel verzichtet, kurz wer das Mass nicht findet, scheitert. Der deutsche Pater Anselm Grün beschreibt den Pfad des rechten Masses als Weg, begrenzt zwischen Demut und Grossmut. Und der alte Paracelsus hatte vollkommen recht, als er lapidar sagte: «die Menge

macht's». Ich weiss, Augenmass in der Politik ist sehr schwer. Soll man von Anfang an auf den Kompromiss zusteuern oder soll man mit Maximalforderungen bewusst die Grenzen ausloten? Das Ergebnis ist am Ende wichtiger als die gewählte Methode. Gerade die Finanzpolitik muss den Kriterien der Vernunft, der Machbarkeit und damit der Tugend des Augenmasses gerecht werden. Aber keine Angst, liebe Parteifreunde, habe ich es bisher tunlich vermieden, mit Zahlen zu spielen, mit Zahlen zu jammern, so werde ich am Ende nun nicht noch etwa rückfällig. *** Abschliessend weise ich auf einen Zusammenhang hin, der mir wichtig erscheint

und der künftig, wer weiss, noch bedeutsamer werden könnte: die Freiwilligkeit. Hier geht es nicht mehr um Werte und ihren Preis, sondern um Werte und ihre Wertschätzung. In unserem Land werden in Kategorien von Lohnkosten gesprochen jedes Jahr grossartige freiwillige Einsätze erbracht, es wurde einmal die Zahl 25 Mrd. Fr. genannt. Das Jahr der Freiwilligkeit diene der Bewusstmachung dieser Tatsache. Es wäre aber Zeit, die Idee zu vertiefen. Denn die Maxime «was nichts kostet, ist nichts wert» gilt im humanen Bereich, in Liebe und Freundschaft, in Familie und Nächstenliebe nicht. *** Wir Freisinnigen haben unseren Staat so gebaut, wie

er heute ist. Wir wissen auch, dass wir nicht stillstehen dürfen, währenddem sich um uns herum vieles bewegt. Sonst werden wir rasch abgehängt. Als Reformpartei müssen wir wie seit jeher die Modernisierung durchsetzen. Sonst droht, dass andere Ideen Oberhand gewinnen. Der Liberalismus entwickelt sich seit Generationen mit der Gesellschaft. Darum fordert uns die konkrete Anwendung immer wieder heraus. Wer aber nicht an eine Zukunft denkt und glaubt, wird auch keine haben. Das 21. Jahrhundert hat erst begonnen, die Schweiz hat alle Chancen, dass es auch ihr Jahrhundert wird. ■

Anzeige

Die schweizerische Menschenrechtspolitik im Kalten Krieg



Jon A. Fanzun

Die Grenzen der Solidarität
Schweizerische Menschenrechtspolitik im Kalten Krieg



Verlag
Neue Zürcher Zeitung

Die Schweiz setzt sich traditions- gemäss für das humanitäre Völkerrecht ein, begegnete dem internationalen Menschenrechtsschutz aber lange mit grosser Skepsis. Diese erste quellen- gestützte Gesamtdarstellung der Geschichte der schweizerischen Menschenrechtspolitik untersucht die Gründe für diese Haltung.

Die Schweiz setzt sich traditions- gemäss für das humanitäre Völkerrecht ein, begegnete dem internationalen Menschenrechtsschutz aber lange mit grosser Skepsis. Diese erste quellen- gestützte Gesamtdarstellung der Geschichte der schweizerischen Menschenrechtspolitik untersucht die Gründe für diese Haltung.

JON A. FANZUN

(1970) Dr. rer. publ., Studium der Politik-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften an der Universität St. Gallen. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Vergleichende und Internationale Studien (CIS) der ETH und der Universität Zürich. Seit April 2005 Politischer Sekretär der FDP Schweiz. Zahlreiche Publikationen zur schweizerischen Ausser-, Sicherheits- und Menschenrechtspolitik. Für seine Arbeit erhielt der Autor den «Rudolf Mäder-Preis» 2005 der Universität St. Gallen.

BESTELLUNG

Ritte senden Sie mir mit Rechnung:

Jon A. Fanzun
Die Grenzen der Solidarität
Fr. 58.- / € 39.- / Versandkosten
ISBN 3-03823 178 9

Name, Vorname:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:

E-Mail:

Telefon:

Datum, Unterschrift: +OP

NZZ Libro

Buchverlag Neue Zürcher Zeitung
Postfach, CH-8021 Zürich
Telefon +41 44 258 16 06, Fax +41 44 258 13 99
buch.verlag@nzz.ch
Erfälthlich auch in jeder Buchhandlung

NZZ Libro
BUCHVERLAG NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

www.nzz-libro.ch

Die Grenzen der Solidarität
Schweizerische Menschenrechtspolitik im Kalten Krieg
464 Seiten, Format 15 x 22 cm, gebunden
Fr. 58.- / € 39.-

«Urbane Politik für ein urbanes Zürich!»

Wahlausblick der FDP Stadt Zürich



Die Veränderungen im schweizerischen Alltag, die aufgrund vermehrter Vernetzung entstehen, werden gerade in den städtischen Siedlungsräumen als Erstes bemerkbar.

Damit werden an das politische Milizsystem in diesen Ballungszentren hohe Anforderungen gestellt. Es gilt deshalb, Lösungsansätze für komplexe und

eben typisch urbane Probleme durch eine überlegte Politik zu generieren und deren Umsetzung mit aller Kraft voranzutreiben. Dieser Aufgabe will sich die FDP Stadt Zürich in enger Zusammenarbeit mit der FDP Schweiz annehmen.

Drei Leitthemen

Die fortschrittliche, urbane Politik der FDP Stadt Zürich stützt sich auf drei Leitplanken, aus denen konkrete

politische Forderungen abgeleitet werden: Es sind dies Modernität, Mobilität und Öffnung. Diese Leitthemen sollen über die Wahlen 2006 hinaus als «Orientierungshilfen» freisinniger Politik gelten. Für den Gemeinde- und Stadtratswahlkampf in Zürich sind daraus folgende Forderungen abzuleiten: Zürich braucht Büz – Zürich braucht Fluss – Zürich braucht Köpfchen. Konkret sollen z.B. mehr Arbeitsplätze (Zürich braucht Büz) durch Kooperationen zwischen der Stadt und Privaten bei der Realisierung von Grossprojekten (z. B. Kongresszentrum) geschaffen werden. Die FDP Stadt Zürich sieht auch grosses Potenzial in Entwicklungsprojekten wie zum Beispiel auf dem Maag-

Areal sowie Science City und wird sich dafür politisch einsetzen.

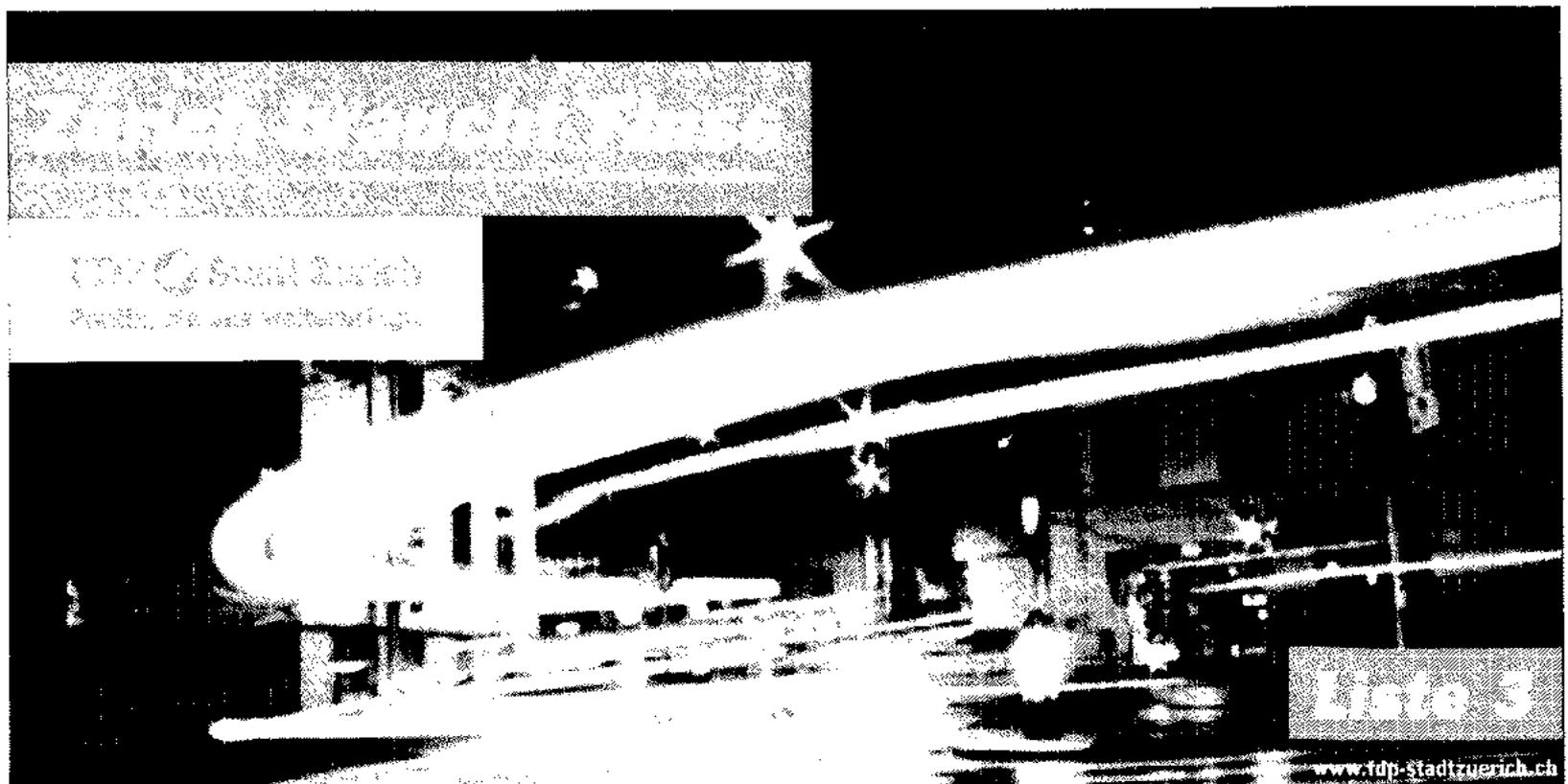
Stadt Zürich als wettbewerbsfähiger Standort

Grundsätzlich gilt es, die städtischen «Trümpfe» Zürichs zu pflegen bzw. zu verbessern, damit weiterhin unsere Stadt als wettbewerbsfähiger Standort attraktiv bleibt. Eine urbane, freisinnige Politik hat es sich zum Ziel gesetzt, durch das Erarbeiten von politischen Rahmenbedingungen (weniger Bürokratie, flüssiger Verkehr, gutes kulturelles Angebot, genügend Naherholungsgebiete usw.) immer mehr wettbewerbsfähige Firmen nach Zürich zu locken und langfristig für unsere Stadt begeistern zu

können. Es sind diese Firmen, die nachhaltig Arbeitsplätze schaffen und unseren Wohlstand garantieren.

Mit den Freisinnigen – für ein urbanes Zürich!

Zürich braucht deshalb eine moderne, bürgerliche Partei. Die Freisinnigen stehen dazu bereit und wollen Verantwortung übernehmen, einerseits im Stadtrat mit ihren drei Bisherigen: Kathrin Martelli, Andres Türler und Martin Vollenwyder. Andererseits wird auch im Gemeinderat eine deutliche Verstärkung der Parlamentssitze angestrebt. Mit den Freisinnigen – für ein urbanes Zürich!



Eine Schweiz in Bewegung – Eine erfolgreiche Schweiz

Ihre Statements zählen!

Was bedeuten für Sie Freiheit, Verantwortung, Toleranz, Glück, Erfolg? Was ist für Sie die Schweiz? Warum sind Sie liberal? Machen Sie Ihre Meinung öffentlich und nehmen Sie an der Wertedebatte der FDP teil.

Auf der Internetseite www.wirliberalen.ch können Sie Ihr persönliches Statement abgeben und sich über die FDP-Strategie informieren.

«Ich bin liberal, weil Liberalismus der menschlichen Natur vollumfänglich Rechnung trägt und dem Individuum die Möglichkeit zur freien Wahl lässt.»

Cliff E. Bruckmann

«Freiheit bedeutet für mich als Individuum, nicht jeder macht, was er will, sondern wir geben uns die Regeln selbst.»

Guido M. Meier

«Verantwortung bedeutet, sie zu tragen, mit allem, was dazu gehört, ohne Wenn und Aber.»

Hans-Rudolph Jenny

«Ich bin liberal, weil exakt dieser Wertekonsens uns den hohen Wohlstand und sozialen Frieden beschert hat.»

Johannes Rohner

«Ich bin liberal, weil ich glaube, dass jeder Mensch für sich selbst am besten weiss, was für ihn gut ist.»

Fabian Schnell

«Ich bin liberal, weil nur ein liberaler Staat seine Bürger ermuntert, ihr eigenes Potenzial zu nutzen.»

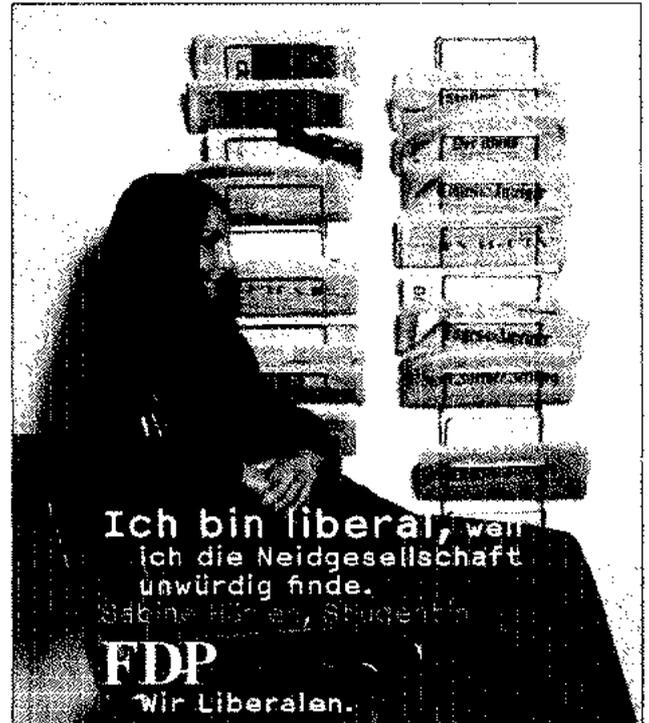
Jürg Hemmi

«Ich bin liberal, weil liberal und sozial keine Gegensätze sind.»

Pius Renggli

«Liberal sein heisst für mich, dass man über alles reden kann und soll. Und erst danach ist zu werten.»

Paul Ryser



«Ich bin liberal, weil die freie Wahl eines jeden und einer jeden respektiert werden muss. Nur dann können wir erwarten, dass die Menschen verantwortlich handeln.»

Guido Schommer

«Liberal ist für mich der coole Kick für eine erfolversprechende Zukunft.»

Yvonne Ruckli (14 J.)



Frauen-Präsidentin Marianne Dürst im Wahlkampf für den Glarner Regierungsrat



Marianne Dürsts grosses persönliches Engagement, ihr Einsatz, ihre gewinnende Persönlichkeit und auch ihr Ansehen als kompetente Regierungsrätin haben die FDP-Frauen Schweiz sehr weit gebracht.



Die FDP-Frauen Schweiz drücken ihrer engagierten Präsidentin die Daumen für die Wiederwahl als Regierungsrätin am 12. Februar. (bp)

Veranstaltungen

GV FDP-Frauen Schweiz

Einladung zur Generalversammlung der FDP-Frauen Schweiz

mit Swiss-Award-Gewinnerin Carla Speziali

Samstag, den 4. März 2006, im Alten Spital, Solothurn



Programm

- 9.45-10.15 Uhr Eintreffen der Teilnehmerinnen/Gäste
Begrüssungs-Kaffee/Abgabe der Stimmkarte
- 10.15 Uhr Ansprache der Präsidentin, Regierungsrätin
Marianne Dürst
 - Statutarische Geschäfte
 - «Elternschaft auf Führungsebene – eigentlich (k)ein Problem»
- Podium mit Fachleuten und interessanten Gästen aus Politik und Wirtschaft.
- Diskussion von Handlungsstrategien
 - Bildungsverfassung; Parolenfassung zur eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai 2006
- ab ca. 13.30 Uhr Stehlunch

Die Generalversammlung ist öffentlich: Alle interessierten Frauen und Männer sind herzlich eingeladen. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldung bis 1. März 2005 an: info@fdp-frauen.ch respektive per Post oder Fax an FDP-Frauen Schweiz, z. H. Barbara Perriard, Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern; Fax 031 320 35 00

Anmeldung

zur ordentlichen Generalversammlung
der FDP-Frauen Schweiz

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Mitglied FDP-Frauengruppe
und/oder FDP-Sektion: _____

Tel./Mail: _____

Ich nehme an der GV teil.

Ich nehme an der GV und am Stehlunch teil.

Carla Speziali ist Politikerin des Jahres

Die FDP-Frauen Schweiz gratulieren zum Swiss Award

(bp) Die FDP-Frauen Schweiz gratulieren der Swiss-Award-Gewinnerin und engagierten FDP-Frau Carla Speziali ganz herzlich zu ihrer Wahl zur «Politikerin des Jahres». Die FDP-Frauen Schweiz freuen sich mit Carla Speziali und dem Tessin über diese Auszeichnung.

In ihrer Dankesrede verwies die Stadtpräsidentin von Locarno explizit auf die Bedeutung von Frauen in der Politik. Entgegen dem gerne von Medien (und Männern)

zelebrierten Klischee der «Stutenbissigkeit» unter Frauen lobte Carla Speziali die gute Zusammenarbeit im Stadtrat von Locarno und verwies auf die in der Schweiz noch seltene Frauenmehrheit in der Exekutive.

Die FDP-Frauen sind überzeugt, dass es sympathische Vorbilder wie Carla Speziali sind, die als Mutter, als Berufsfrau sowie als erfolgreiche Politikerin andere Frauen dazu motivieren, sich in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu exponieren und zu engagieren. Cara Carla – herzlichen Dank! ■

Wir gratulieren



Carla Speziali – Mutter, Berufsfrau und Politikerin – wurde zur grossen Freude der FDP-Frauen Schweiz mit dem Swiss Award ausgezeichnet. Die FDP-Frauen freuen sich auf die Teilnahme von Carla Speziali an der Generalversammlung in Solothurn.



Grosser Empfang: Die Locarneser feiern ihre Bürgermeisterin und Politikerin des Jahres, Carla Speziali. An ihrer Seite: Anita Ammann, Delegierte der FDP-Frauen Schweiz.



Anita Ammann überreicht der Swiss-Award-Gewinnerin Carla Speziali einen Blumenstrauss im Namen der FDP-Frauen Schweiz.

(Fotos: Garban/Locarno)

Irene Thalmann im Rat



Irene Thalmann hat gut lachen. Seit Dezember verstärkt sie die FDP im Schwyzer Kantonsrat (von links: Nils Leuzinger, Alt-Kantonsrat, Kantonsrätin und FDP-Frauen-Vizepräsidentin Irene Thalmann, Willi Kälin, Präsident FDP Freienbach).

Im Dezember 2005 konnte die Vizepräsidentin der FDP-Frauen Schweiz, Irene Thalmann, neu im Schwyzer Kantonsrat Einsitz nehmen. Die FDP-Frauen Schweiz gratulieren Irene Thalmann ganz herzlich und wünschen ihr viel Freude und Elan bei der Ausübung ihres Amtes. Die FDP SZ hält im Kantonsparlament 24 von 100

Sitzen. Im Februar wird mit der nachrückenden Doris Kälin aus Einsiedeln der freisinnige Frauenanteil weiter erhöht. Die FDP wird danach mit einem Frauenanteil von fast 30 Prozent die stärkste Frauen-Deputation im Schwyzer Kantonsparlament stellen. Weiter so!

bp

Jungfreisinnige setzen ein starkes Zeichen

Gemeinderatswahlen in Zürich und Winterthur

Von Thomas G. Albert,
Präsident jfzh, Zürich



Thomas G. Albert

Die Wahlen in Zürich und Winterthur stehen vor der Tür. Wir Jungfreisinnigen des Kantons Zürich freuen uns, Ihnen unsere Kandidatinnen und Kandidaten vorstellen zu können, damit Sie eine Wahl für die Zukunft treffen! Die grossen Städte Zürich und Winterthur stehen nicht immer vor anderen Herausforderungen, aber wohl vor grösseren als viele kleinere Gemeinden im Kanton Zürich. Auch sind diese Wahlen in die Stadtparlamente ein wichtiger Stimmungstest im Hinblick auf die Nationalratswahlen vom Herbst 2007. Es gilt, den Vormarsch strukturkonservativer Parteien zur Linken und zur Rechten einzudämmen und dem liberalen Gedankengut zum Sieg zu verhelfen! Jungfreisinnige Kan-

didierende zeichnen sich nicht bloss durch ihr Alter aus (bis 35 Jahre). Jungfreisinnige Kandidierende zeichnen sich insbesondere durch Kompetenz und Weitblick aus. Geben Sie Ihre Stimme uns Jungfreisinnigen und setzen Sie ein starkes Zeichen! ■

Gemeinderats-Kandidaten der JFZH in Zürich und Winterthur

Alle auf FDP-Liste 3 (sowohl Zürich als auch Winterthur)

Stadt Zürich

Kreis 1

Luca Jagmetti (bisher), Rechtsanwalt (lic. iur.)

Kreis 4

Heinz Tschabold, lic. oec. HSG

Roland Keller, lic. oec. publ.

Adrian Gschwend, Student

Kreis 6

Michael Baumer (bisher), dipl. Informatik-Ing. ETH

Lena Schneller, lic. iur.

Christina Zenker, Projektleiterin

Kreis 7 und 8

Severin Pflüger, lic. iur.

Thomas G. Albert, lic. iur./Präsident JFZH

Marc Schlieper, lic. oec. HSG

Kreis 10

Anja Tschirky, lic. iur.

Kreis 12

Nicolai Grüter, Student

Winterthur

Annina Meier-Camenisch (bisher), lic. iur.

Stefan Fritschi (bisher), dipl. Betriebs- und Produktions-Ing. ETH

Alexander Huber (bisher), Dr. sc. nat. ETH

Barbara Günthard-Meier, Sekundarlehrerin/lic. phil. I

Remo Berger, Student

Andreas Bosshart, lic. oec. HSG

Adrian Frisch, eidg. dipl. Techniker

Manuela Gerber,

Chemielaborantin/Studentin

Mathias Gerber, lic. rer. pol.

Dominik Hof, dipl. Informatikingenieur FH

David Doneda, Student HWV

Matthias Etter, dipl. Ing. ETH

Carola Gick, Journalistin/Studentin

Beda Leugger, Betriebsökonom FH

Evelyn Meier-Eichenberger, lic. iur. Rechtsanwältin

Kaspar Projer, Student

Valentin Splett, Student

Esther Spycher Huber, Lehrerin HGKZ

Christoph S. Magnusson, lic. phil. I

Camille Meier, lic. iur. Rechtsanwalt

Fabian Ricklin, Informatiklerner

jfs-Kongress

vom 24. bis 26. März 2006
in Genf

Der diesjährige jfs-Kongress
findet in der Romandie statt.

Es erwartet uns
ein abwechslungsreiches Programm
in der Weltstadt Genf.

Näheres dazu auf der Homepage
www.jungfreisinnige.ch

Kurz und bündig

jungfreisinnige nidwalden (jfnw) gegründet

Vor dem letzten Parteitag der FDP Nidwalden vom 12. Januar 2006 fanden sich 2 Dutzend Jungfreisinnige aus dem Kanton Nidwalden zusammen, um eine neue Kantonal-sektion aus der Taufe zu heben. Die jungfreisinnigen schweiz gratulieren den Kolleginnen und Kollegen aus dem Kanton NW und wünschen schon jetzt viel Freude am gemeinsamen Politisieren.

Den ausführlichen Bericht zur Gründungsfeier finden Sie im nächsten «Freisinn».

KOSA-Initiative verschoben – Problem bleibt ungelöst!

Die jungfreisinnigen schweiz jfs sind enttäuscht, dass der Bundesrat den Abstimmungstermin der KOSA-Initiative verschoben hat. Damit wird die Diskussion um die Reformierung der AHV weiter blockiert. Dass die Initiative aus Furcht vor einer Annahme verschoben wurde, glauben wir nicht, da eine solch populistische Initiative vor dem Volk sowieso keine Chance hätte.

Von Silvan Amberg,
Vorstandsmitglied jfs/
Leiter Sozialpolitik,
St. Gallen SG

In einem demokratischen Staat werden Probleme durch Diskussionen und Kompromisse gelöst. Im Zentrum steht die öffentliche Willensbildung, die mit einem Mehrheitsentscheid besiegelt wird. Als demokratisches Instrument verfügen wir über die Volksinitiative, mit der jede Gruppierung in der Schweiz dem Volk die unsäglichsten

Ideen unterbreiten kann, sofern 100.000 Stimmen zusammenkommen. Ist dies der Fall, so soll die Bevölkerung über die Vorlage entscheiden können, ohne dass die Initiative jahrelang in der Verwaltung vor sich hin modert. Bei der KOSA-Initiative ist dies geschehen. Solche Verzögerungstaktiken halten wir für inakzeptabel. Inhaltlich gesehen ist die KOSA-Initiative nicht einmal des Staubes würdig, den sie unterdessen angesetzt hat. Erstens handelt es sich um eine Scheinlösung,



Silvan Amberg

welche die Problematik der reformbedürftigen AHV kaschiert. Die Probleme der 1. Säule werden nämlich genau dann auftreten, wenn der Geldsegen aus der Nationalbank versiegt – in knapp 10 Jahren. Zweitens

stellt die Kopplung der AHV an die Gewinne der Nationalbank eine grosse Gefahr für die Volkswirtschaft dar. Nur eine unabhängige Nationalbank kann eine Wirtschaftspolitik betreiben, welche Wohlstand und Arbeitsplätze erhält. Drittens würden durch die Initiative dem Bund Milliarden an Einnahmen entgehen, welche dringend für den Schuldenabbau benötigt würden. Aber selbst eine so offensichtlich populistisch motivierte Initiative kann in der Schweiz einiges blockieren. Ein Beispiel dafür ist die Verwendung des Nationalbankgoldes für die Sanierung der IV. Diese wurde

vom Parlament an die Bedingung gekoppelt, dass die KOSA-Initiative abgelehnt wird. Da es sich beim Nationalbankgold nur um eine Verschiebung von Vermögenswerten ohne positive Auswirkungen handelt, ist dies nicht besonders tragisch. Die jungfreisinnigen kritisieren jedoch, dass im Bereich der Altersvorsorge eine allgemeine Denkpause eingesetzt hat. Angesichts der kommenden Veränderung der Bevölkerungsstruktur ist dies fatal. Wir fordern, dass die Reform der Altersvorsorge heute in Angriff genommen wird und nicht erst dann, wenn es zu spät ist. ■

jungfreisinnige bauen Service-Angebot aus

E-Shop wurde vor kurzem eröffnet!

Von Armin Camenzind,
Vorstandsmitglied jfs /
Leiter Services, Littau LU

Nachdem wir letzten Sommer unsere neue Homepage aufschalten konnten, war im Dezember der E-Shop startklar. Im neu eröffneten E-Shop bieten wir unseren Sektionen, aber auch interessierten Einzelpersonen, verschiedene Artikel zu den Jungfreisinnigen an. Neben der neuen Broschüre, welche einen allgemeinen Inhalt über



Armin Camenzind

uns und unsere Positionen bietet, können auch die Themenflyer bestellt werden. Unser Angebot beinhaltet aber auch T-Shirts,

Schultertaschen und Lollies. Ein regelmässiger Blick in unseren E-Shop lohnt sich also – das Angebot wird laufend erweitert! Neben dem E-Shop bieten wir aber auch ein Downloadcenter an, in welchem Desktopmotive sowie unsere Animationen kostenlos heruntergeladen werden können. Wir hoffen auf rege Nutzung dieses neuen Angebotes. Wir freuen uns auf Ihren Besuch unter www.jungfreisinnige.ch ■



jungfreisinnige

Aktion 2x Weihnachten

Wir jungfreisinnigen sind für unser Sekretariat auf der Suche nach einem ausgedienten **funktionsfähigen Laserdrucker** (farbig oder s/w).

Können Sie uns unterstützen?
Ihr Weihnachtsgeschenk richten Sie an sekretariat@jungfreisinnige.ch
Herzlichen Dank im Voraus!
Der Vorstand

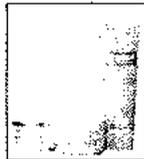
Freisinn mit Biss



FREISINN MIT BISS lautete das Lösungswort des Preisrätsels im Dezember-«Freisinn». 225 Leserinnen und Leser liessen uns die richtige Lösung zukommen. Herzlichen Dank allen Teilnehmern! Aus den Einsendungen zog Regula Dütschler, Praktikantin bei der FDP Schweiz, die 20 glücklichen GewinnerInnen:

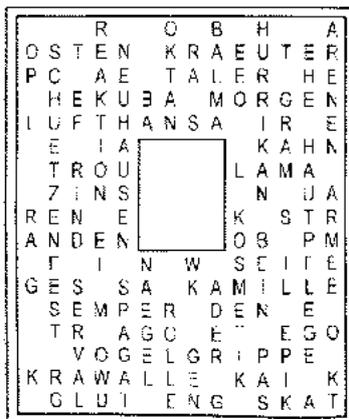
1. bis 20. Preis

Jeweils ein Set mit Qualitätsprodukten aus dem Hause TRYBOL (www.trybol.ch)



Jürg Marguth, Thusis
 Rolf von Burg, Basel
 Walter Fret, St. Gallen
 Rosmarie Dürig-Stahl, Untersiggenthal
 Werner Seiler-Kiener, Thun
 Pia Scherer-Trüb, Meggen
 Josef Röösl, Finsterwald bei Entlebuch
 Ursula Bühler, Zollikofen
 Margrit Bader, Mollis
 Gaby Finke, Luzern
 Alex Beeler, Wollerau
 Vreni Aschmann-Bürgin, Uzwil
 Magnus Hoffmann, Adligenswil
 Willy Hugelshofer, Konolfingen
 Hans Ledermann, Täuffelen
 Josef Mathis, Hergiswil
 Marcel Theiler, Neuhausen am Rheinfall
 Hans Stadelmann, Märstetten
 Marie-Anne Vuille, Münchenstein
 Martha Stadelmann, Horw

Lösung «Freisinn» Nr. 10/Dezember



Agenda

Termine

- 16. Februar Bundesratsparteien-Gespräche
- 17. Februar Von-Wattenwyl-Gespräche
- 24./25. Februar VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 25. Februar Fachtagung «Städtepolitik» in Biel
- 6.–24. März Frühjahrs-session in Bern
- 6. März Groupe Latin
- 9. März Geschäftsleitung – Seminar
- 31. März Sekretärenkonferenz (GL)
- 31. März Präsidentenkonferenz und Geschäftsleitung (GL)
- 31. März ord. Delegiertenversammlung 1. Teil (GL)
- 1. April ord. Delegiertenversammlung 2. Teil (GL)

Wechsel in der «Freisinn»-Redaktion



Per 1. Januar 2006 hat Nico Zila die «Freisinn»-Redaktion an Stefan Nobs übergeben. Nico Zila hat den «Freisinn» während eines Jahres betreut. Er will sich nun mit voller Kraft auf seinen Studienabschluss konzentrieren.

Stefan Nobs betreute den «Freisinn» bereits von Juli bis Dezember 2004. Seit August 2004 arbeitet er im Sekretariat der FDP des Kantons Bern, seit Juni 2005 als stellvertretender Geschäftsführer.

Aus Christina Grunder wurde Christina Haas



Die Assistentin des Generalsekretärs, Christina Grunder, hat Mitte Dezember geheiratet. Die «Freisinn»-Redaktion gratuliert. Mit dieser Heirat geht auch ein Namenswechsel einher. Aus Christina Grunder wurde Christina Haas.

Während der längeren Ferienabwesenheit von Nadia Renou (Sekretariat Organisation & Kommunikation, Telefondienst) übernimmt die bisherige Praktikantin Regula Dütschler (siehe Bild oben links) bis Mitte Februar ihre Stellvertretung.

Wann verdient ein Manager viel und wann wird er zum «Abzocker»?

Von Alex Bruckert, Direktor der Zentralschweizerischen Handelskammer, ehemaliger FDP-Grossrat, Luzern



Alex Bruckert

Die Beantwortung dieser Frage beschäftigt zwar viele, und ebenso viele haben ihre private Lösung dazu gefunden, aber die Bandbreite bleibt recht offen. Erfreulich ist, dass die meisten unterscheiden zwischen Unternehmen mit eigener Kapitalbeteiligung und anderen Haftungsverhältnissen sowie Managern, welche regelmässig im Anstellungsverhältnis arbeiten. Es bleibt zu betonen, dass viele Manager mit «ihrem» Unternehmen, ihren Kadern, Angestellten, Produkten und Dienstleistungen verbunden sind, vor allem, wenn das Anstellungsverhältnis länger andauert und nicht nur einem

«turn-around» entspricht. Ein Manager, der ein Unternehmen aus einem Loch herausführt oder zur Blüte bringt oder eine schwierige Zukunft erfolgreich angeht, neue Märkte erschliesst, Innovationen umsetzt, Kunden und Personal zufrieden stellt, neue Arbeitsplätze schafft oder auch dem Aktionariat zu Gewinnen verhilft, verdient für seinen ausserordentlichen Geschäftseinsatz ein motivie-

rendes Gehalt. Wer sich überdurchschnittlich, zeitintensiv, sehr erfolgreich, nachhaltig und mustergültig für ein Unternehmen als Manager einsetzt, verdient eine hohe Entschädigung, welche Vergleichen auch in einem kleinen Markt standhält.

Wer, wenn nicht der Verwaltungsrat, wäre besser in der Lage, die Richtigkeit der Entschädigungshöhe zu beurteilen, eine Entschädigung, die aus Lohn, Gratifikation, Boni in vielen Formen sowie BVG-Zahlungen bestehen kann und der Leistung des Managers gerecht sein soll? Der Verwaltungsrat muss zu beurteilen in der Lage sein, was gegen oben und gegen unten recht und billig ist. Es können dies kaum Dritte beschliessen und sicher niemand aus der öffentlichen Hand, kein Parlament oder keine

Regierung. «Good governance» des Verwaltungsrates muss verhindern, dass Ausreisser speziell nach oben vorkommen, obwohl dies leider auch in der Schweiz passiert. Ein Verwaltungsrat muss auch in der Lage sein, ein betriebskonformes Verhältnis zwischen Mindest- und Maximalgehältern in seinem Unternehmen festzulegen, vielleicht bis Faktor 50 in Einzelfällen, im Bewusstsein, hier wohl richtig zu handeln, ohne die Zustimmung aller zu finden. Wenige, aber medienintensive Exzesse nach oben verletzen wohl Ethiküberlegungen, verdienen aus freisinniger Sicht keine Unterstützung, entsprechen aber keineswegs einer landesüblichen Salarierung. Die Wiederholung dieser extremen Einzelfälle in den Medien schürt in der Öffent-

lichkeit ein verzerrtes Bild betreffend Häufigkeit des Vorkommens. Unerlässlich bleibt, dass ein Verwaltungsrat Augenmass bewahren muss und zugunsten eines Managers nur das berücksichtigt, was auch wirklich auf dessen Leistung zurückgeht und nicht nur rein konjunkturell begründet ist. Meines Erachtens wäre es falsch, diese Frage der korrekten Managerentschädigung zu verpolitisieren, ausser den Verwaltungsräten in Erinnerung zu rufen, sich dieser Frage gründlichst zu widmen und insbesondere auch die Drittwirkung zu beachten, zu der auch Kleinverdiener im eigenen wie auch in anderen Unternehmen gehören. ■

FDP-Projekt Speranza als Türöffner für lehrstellensuchende Jugendliche



Viele Jugendliche haben im Kanton Graubünden in diesem Jahr keine Lehrstelle gefunden. Diese Zahl ist höher als in anderen Kantonen und belegt, dass griffige Massnahmen gefordert sind.

Die FDP Graubünden hat den Worten nun auch Taten folgen lassen, und so haben sich in diesem Frühjahr 21 Parteioxponenten zur Verfügung gestellt, um sich im Rahmen des Projektes Speranza für stellensuchende Jugendliche zu engagieren.

Jugendliche, die im Frühjahr 05 noch keine Lehrstelle hatten, konnten sich beim FDP-Projekt bewerben und wurden einer Gotte oder einem Götti zugeteilt. Diese sollten ihre Beziehungen, die sie als Persönlichkeiten aus Wirtschaft und dem öffentlichen Leben haben, zu Gunsten der Lehrstellensuchenden einsetzen.

Netzwerke nutzen

Da war Vitamin «B» im Spiel, wird oft abschätzig bei erfolgreicher Stellensuche behauptet. Dies sollte für einmal denjenigen zugute kommen, die über keine eigenen Netzwerke verfügen und trotz grossen Bemühungen um eine Lehrstelle erfolglos geblieben sind.

Die Teilnehmenden waren sich bewusst, dass eine schwierige und herausfordernde Aufgabe auf sie wartete. So waren die bestehenden Kontakte oft nicht ausreichend, um als Gotte oder Götti erfolgreich zu sein. Intensive «Knochenarbeit» war gefragt, um für den Schützling eine Schnupperlehre und schlussendlich einen Lehrvertrag zu erreichen.

Sinnvolle Aufgabe

Es ging beim Speranza-Projekt nicht darum, den Jugendlichen ihre Traumstelle zu finden, son-

dern aktiv mitzuwirken, diesen möglichst schnell eine zumutbare Ausbildung zu vermitteln.

Als dankbare und sinnvolle Aufgabe erwies sich der Kontakt mit den Jugendlichen nicht nur im Erfolgsfall, denn allein schon eine/n Ansprechpartner/in in einer schwierigen Lebenssituation zu haben, wurde oft von der betroffenen Familie als motivierende Unterstützung sehr geschätzt.

Abschliessend darf die FDP Graubünden feststellen, dass das Projekt trotz mässiger Beteiligung ein Erfolg war und es verdient, in den kommenden Jahren im Interesse der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, weitergeführt zu werden.

Silvio Zuccolini, Pressechef
FDP Graubünden

Freisinnige Politik auch 2006 unter guten Sternen

faules Tierchen aus Brasilien.			welsche Schürmheit armenk Fug. geselsch.	haben rund um Wasser Geysirandeszachen	-Münster machte einsl. CH-Radio	Der 37. Schweizer Bundesrat Teil v. Meter	Tausent Ampère Strom	
	hat man cher in der Pfarre als in Gräber							steckt mit Chlor im Kochsalz
								5
kurze Anschrift sie nimmt den Inn auf				Bündner Rätsel-Piz			noch ein Kanton oft stockt die Entle dnn	
			sie liest im Baselbiet			3		Furvor für Männliches
kein CH-Gewässer Schule für Soldaten		1	Bundesia-ger-Stadt bezahltos Jagdgebiet		ein Rätselüser wie Sie			2
	Fremd-Vorsilhe für Dreifaches						sher okkul-te Aus-strahlung v. Menschen	
				4				
sprudelt aus italkeni-scher Flaschen		Covschepins Karton eins ge-nehmgen					da wemten sie die alten Rittersleut	völlig kopf-loser Chef
			7	Amit, das um die zivile Luftfahrt besorgt ist			UNO-Sportler	Schatzk ste oder alter Wäsche-trog
							mit a ein Wasserlauf Hirsch als Hauer	
							dicker Fruchtsaft aufs But terbröt	
			Eisör in Formeln Brechts Komponist		was Leh-linge lernen Landrat und Leuchtröhre			8
Chur für Südbünden								9
kleine Pensionskasse im Endspurt erreichbar		Zeitungs-konjunkt Mündung i. Rhendelta		6		Frage nach der Art und Weise	Karton am Bodensec kurzes Tankschiff	
			ist auch für Bush eis-kalt			meist lacht man über sie		11
			Lufthansa ohne Swiss		oft dumme Märchen-kolosse			
Klima- oder Vegetationsgebiet	12	Agenda die sich wieder mit fern-nen füllt				10		FDPO

Gewinnen Sie eines der stilvollen FDP-Accessoires!

1. Preis
eine FDP-Konferenzmappe und ein FDP-Schirm

2. und 3. Preis
je nach Gewinner/in: ein FDP-Foulard oder eine FDP-Krawatte

So machen Sie mit: Schreiben Sie bis zum 12. Februar 2006 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort und Ihrem Namen und Adresse an:

Generalsekretariat FDP
«Freisinn» Rätsel
z.Hd. Stefan Nobs
Postfach 6136
3001 Bern
raetzel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Riccardo Jagmetti: Energierecht

Sicherheit, Versorgung, Umwelt und Markt

Die Zielsetzung des Energierechts ist in der Sicht des Autors vierfacher Art. In historischer Reihenfolge geht es um die Gewährleistung der Sicherheit, um die Ermöglichung der Versorgung bei steigendem Energiebedarf im Zuge der Wirtschaftsentwicklung und des höheren Lebensstandards der Bevölkerung, um den Schutz von Umwelt, Ressourcen und Raum und in den letzten Jahren verstärkt um die Öffnung der Märkte auch für leitungsgebundene Energien. Keines der neueren Ziele hat die alten verdrängt. Vielmehr bleibt es Aufgabe des Gesetzgebers, Lösungen zu entwickeln, die allen vier Anliegen Rechnung tragen. Das Buch soll die Zusammenhänge aufzeigen und darlegen, wie die einzelnen Teile sich zu einem zielgerichteten Ganzen fügen.

Das Energierecht als vielfältiges Ganzes

Eine einheitliche Struktur weist das schweizerische Energierecht nicht auf, weshalb die rechtliche Ordnung, wie sie für die einzelnen Energiearten geschaffen worden ist, getrennt dargestellt wird. Ihrer Bedeutung entsprechend werden als erste die fossilen Energieträger (Erdöl, Erdölprodukte, Erdgas) behandelt, wo die rechtliche Ordnung namentlich dem sorgsamsten Umgang mit den Ressourcen, dem Schutz der Umwelt und dem freien Markt auch auf internationaler Ebene dient. Bei der Wasserkraft als der wich-

tigsten einheimischen Energiequelle gilt es, die Rechtsverhältnisse zwischen dem Gemeinwesen, das über diese Ressource verfügt, und dem Konzessionär darzustellen mit den Nutzungsgrenzen, die sich aus dem Schutz von Landschaft und Natur ergeben und wiederholt zu Kontroversen über Projekte geführt haben. Politische Entscheide waren wiederholt bei der Kernenergie zu treffen, für die eine neue Ordnung getroffen worden ist, nach der die Nutzung weiterhin erlaubt, aber an strenge Regeln gebunden ist. Die auf diesen Wegen gewonnene Elektrizität untersteht einer eigenen gesetzlichen Regelung, die der Sicherheit, dem Schutz von Mensch und Umwelt und der Öffnung des Marktes dient, wo die Entwicklung in vollem Gang ist. Für die erneuerbaren Energien ausserhalb der Wasserkraft (Holz und übrige Biomasse, Sonnen- und Windenergie, Umgebungswärme und Geothermie) waren verschiedene Fragen vom Gesetzgeber zu lösen; sie werden im Zusammenhang mit jenen, die sich bei der Wärmeversorgung stellen, behandelt. Übergreifend sind die Regeln über die Forschung, über die Förderung neuer

Technologien und Massnahmen, über die Versorgung, über die sparsame und rationelle Energienutzung sowie über die Begrenzung des Energieverbrauchs im Gebäudebereich. Den Abschluss der Arbeit bildet die Darstellung von Lenkung und Abgaben, wo mit neuen Mitteln angestrebt wird, eine Brücke zwischen

und internationale Ordnung. Neuerungen im Energiebereich stellen zugleich einen Beitrag zur allgemeinen Entwicklung des Rechts auf staatlicher und zwischen- oder überstaatlicher Stufe dar.

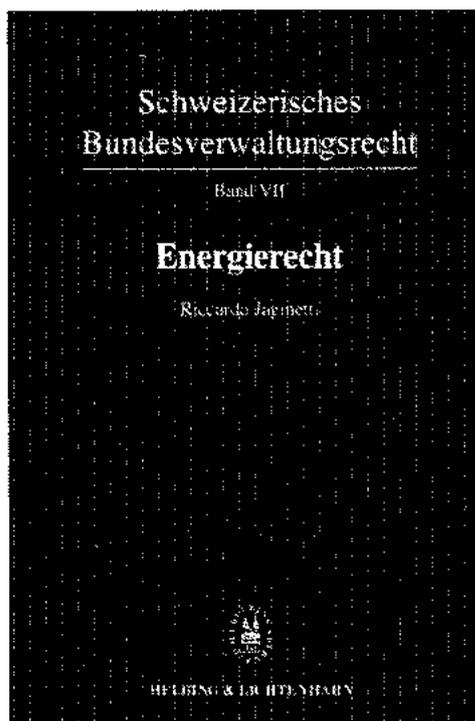
Zum Verfassungsrecht gehören die Abgrenzung der Aufgaben von Bund und Kantonen, die auch im Energierecht differenziert gestaltet ist, die Grundsätze, namentlich jener der Nachhaltigkeit, sowie die Grundrechte mit der persönlichen Freiheit, der Eigentumsgarantie und der Wirtschaftsfreiheit mit ihren Auswirkungen auf den Energiebereich. Fragen, mit denen sich auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte auseinandersetzen hatte. Zum übergeordneten Rahmen gehören die demokratische Entscheidung, der auch gewisse Energieanlagen unterstehen, sowie der Rechtsschutz, der in den letzten Jahrzehnten stark ausgebaut worden ist. Andere Sachbereiche mussten einbezogen werden, soweit sie sich auf die Ausgestaltung des Energierechts und auf dessen Anwendung auswirken. Das gilt für die Eigentumsordnung, für die Raumplanung, den Umweltschutz und den Natur- und Heimatschutz, für die natio-

nale und internationale Wirtschaftsordnung, für die verschiedenen Arten der Staatstätigkeit, für die Finanzordnung sowie für die Haftpflicht.

Die internationalen Verhältnisse werden im Bereich der Wasserkraftnutzung bilateral geregelt. Hinsichtlich des Umweltschutzes besteht dagegen eine mehrstufige multilaterale Ordnung mit globalen Regeln (namentlich jenen der Klimakonvention), solchen, die unter den Industrienationen (OECD) gelten und der kontinentalen Ordnung zum Schutz der Atmosphäre. Im Bereich der Kernenergie sind wohl bilaterale Abkommen abgeschlossen worden. Das Schwergewicht hat sich aber zu den globalen Überkommen verlagert.

Das alles ist im Fluss. So kann eine Darstellung des Energierechts auf internationaler wie auf nationaler Ebene nur eine Zwischenbilanz sein. Neue Entscheide stehen an, und verschiedene Rechtsetzungsverfahren sind im Gang. Der Versuch der systematischen Erfassung der vielfältigen Aspekte des Energierechts und dessen Einbindung in die allgemeine nationale und internationale Ordnung soll die Weiterentwicklung erleichtern. Die Arbeit beruht auf dem Stand am 1. Dezember 2004.

Helbing & Lichtenhahn, Basel 2005, XVIII, 1115 Seiten, Fr. 298.-



verbindlichen Verhaltensregeln und Eigenverantwortung zu schlagen, indem marktwirtschaftliche Mittel zur Anwendung gelangen und zu einem zielkonformen Verhalten angeregt wird.

Die Einbindung ins nationale und internationale Recht und der Wandel

Bei aller Vielfalt ist das Energierecht eingebunden in die allgemeine staatliche

Unterschriftenbogen
beiliegend

blockieren? jammern?

Initiative pro Wachstum

Unterschriften sammeln!

Den Wohlstand erhalten. Mit Sicherheit!

www.wachstum.ch
FDP 
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz